

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags ...

Die schlagzeilige Kompositionen über dem Raum kosten 5.- M. einschließlich ...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Neue Kämpfe in Oberschlesien

Polnische Angriffe

Oppeln, 3. Juni.

M. L. B. meldet: Nach den bis heute Abend in Oppeln vorliegenden Meldungen ist an der ganzen von den Insurgenten besetzten Linie eine lebhafteste Wiederausnahme der Kampfhandlungen festzustellen.

geeigneten Beförderungsmittel. Indes erklärte der französische Beigeordnete des Kreiskontrollieurs diesem ausdrücklich, daß er mit den französischen Truppen für die Sicherheit der Apo in Plesch einstehe.

Die obereschlesischen Streitkräfte

London, 3. Juni.

Im Unterhaus erklärte Harnsworth auf eine Anfrage wegen der Zahl der polnischen Aufständischen in Oberschlesien und der deutschen Streitkräfte und darüber, ob die Ankunft von vier britischen Bataillonen genügen werde, um die Autorität der Interalliierten Kommission wiederherzustellen.

Ein „kritischer“ Tag

Die deutsche Republik ist noch ohne jede feste Tradition eines parlamentarischen Regierungssystems. Dazu kommt die Zersplitterung in acht Parteien, von denen die Mehrzahl nicht recht weiß, was sie eigentlich wollen und nur in der Heidenangst leben, daß das, was sie tun, ihnen bei den Wählern Schaden und der Konkurrenzpartei nützen könnte.

Als ob es an diesen Schwierigkeiten nicht genug wäre, haben die Parlamentarier sich noch künstlich neue dazu geschaffen. In jedem Lande mit parlamentarischem Regierungssystem bleibt eine Regierung solange im Amte, bis sie durch eine Majorität gestürzt wird.

Nun steht hinter diesem ganzen Unsinn freilich etwas anderes. Den bürgerlichen Parteien ist jedes Zusammengehen mit einer Arbeiterpartei, und wäre sie selbst so genügsam und konfessionsbereit wie die Rechtssozialisten, höchst zuwider, und sie möchten deshalb den bürgerlichen Einfluß in der Regierung möglichst stärken und die Rechtssozialisten nur als Bindung gegen links politisch ausbeuten.

Dabei sind die Dinge im Reichstag in einer Beziehung klar. In der Außenpolitik besteht eine Mehrheit nur für eine Politik der Ehrlichkeit und konsequenten Durchführung des Ultimatus. Diese Politik kann nicht betrieben werden, wenn die Gegner der Annahme des Ultimatus, die bisherigen Saboteure jeder ehrlichen auswärtigen Politik, die Regierung bilden.

Die Führer der Demokratischen Partei bleiben aber vernagelt. Eines kapitalistischen Sinnes mit der Deutschen Volkspartei, lassen sie nicht davon ab, um ihre Gunst zu werden. Und so hielt gestern Herr Petersen, der Vorsitzende der Demokratischen Reichstagsfraktion, eine Rede, die, wenn man sie ernst nehmen wollte, wozu natürlich die Berliner Sensationspresse gerne bereit war, eine politische Krise unvermeidlich erscheinen ließ.

Nach dieser Leistung sahen sich die Parlamentarier an: Der Döse im Porzellanladen. Die Berliner Abendpresse schrieb über Regierungskrise und Reichstagsauflösung. Zum Glück ergriff der Kommunist Böll ein wieder einmal das Wort, die Parteien konnten den Saal verlassen und Fraktionsstimmungen abhalten.

Die Episode hat wieder einmal sehr deutlich die politische Unmöglichkeit dieser Demokratischen Partei erwiesen. Sie sind nichts anderes als die ehemaligen Nationalliberalen, und als solche fühlen sie sich zu dem anderen Teil der Nationalliberalen, der sich jetzt Deutsche Volkspartei nennt, unwiderstehlich hingezogen.

Die Episode zeigt aber auch die Schwäche der Regierung Wirth. Die Deutschnationalen haben einen Mißtrauensantrag gestellt. Die Partei der Nationalisten, Militaristen und Steuerherrscher verabscheut eine Regierung, die die Unmöglichkeit dieser Politik einsehen muß.

Plesch von den Polen besetzt

Breslau, 3. Juni.

Das „3 Uhr-Abendblatt“ meldet aus Oppeln: In der Nacht vom 1. zum 2. Juni sind die Insurgenten in Plesch eingedrungen. Sie haben die dortige deutsche Apo in der Stärke von etwa 60 Mann gefangen genommen und verhaftet.

Hochverratsverfahren gegen Nissen

Er ist aber „unschuldig“

Der Verband nationalgesinnter Soldaten und der Nationalverband deutscher Offiziere veranstalteten am Dienstag in der Singakademie eine fogenannte Skagerrak-Feier. Dabei wurden wüste nationalistische Drohreden gehalten. Am schlimmsten gebärdete sich der Oberfeuerwerker Maat Nissen, jener Mann, der sich u. a. rühmte, im Sommer 1919 die französischen Hahnen aus dem Zeughaus geholt und unter den Linden verbrannt zu haben.

Wir befürchten, daß dieses Verfahren ausgehen wird wie das Hornberger Schießen. Jedoch möchten wir betonen, daß die Ausführungen des Herrn Nissen durchaus nichts Außergewöhnliches darstellen. In dieser Tonart wurde bisher in jeder Versammlung, die vom Nationalverband deutscher Offiziere oder vom Verband national gesinnter Soldaten einberufen war, gesprochen.

ihren Sitz haben, eine Hausdurchsuchung abhalten zu lassen. Zuverlässige Beamte könnten dort in den Büroräumen Material beschlagnahmen, welches für eine Anklage auf Hochverrat so wertvolle Unterlagen liefern würde, daß die Staatsanwaltschaft zur Erzielung eines Urteils unseres Gerichts gar nicht mehr bedürfte.

Die SPD. für Begnadigung

Die rechtssozialistische Fraktion des Reichstags hat den folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Urteile der Sondergerichte unter dem Gesichtspunkt möglicher Begnadigung nachprüfen zu lassen und dem Reichspräsidenten bloße Kritiker der Aufbruchbewegung in weltlichem Umfange zur Begnadigung zu empfehlen.

Dieser Antrag kann eine allgemeine Amnestie, wie sie die Unabhängige Fraktion fordert, nicht ersetzen. Er ist schon deshalb ganz unzulänglich, weil es in das Belieben des Reichskanzlers gestellt wird, sich die Leute auszusuchen, die die Nachprüfung der Urteile vornehmen sollen.

Betriebsratswahlen im Leunawerk

Drahmelung unseres Korrespondenten

Halle, 3. Juni.

Die Betriebsratswahlen für das Leunawerk, die dieser Tage stattgefunden haben, stellen einen vollen Erfolg für die Unabhängigen Sozialisten dar, wie wir ihn vor dem Wutisch uns nicht hätten träumen lassen. In ihrem Größenwahn hielten die Kommunisten vor dem Wutisch die Parole ausgegeben, daß nur ihre Leute auf die Listen kommen.

Kleisstraße 82, wo die beiden genannten Verbände

Dinkspolitz schreit aber die Regierung der Mitte zurück. So bleibt die Situation kritisch, wenn auch das Ministerium vor der Abstimmung keine Befürchtungen hegen muß. Denn für deutsch-nationale, reaktionäre Ministerstürzerei ist eine Majorität nicht zu haben.

Aus dem Reichstag wird uns über den Verlauf der Sitzung noch geschrieben:

Die gestrige Reichstagsitzung ließ den Willen der bürgerlichen Parteien, die an der Koalition beteiligt sind, nach der Ausnützung der Reichstagsstellung, die ihnen die Verbindung mit einem Teil der Arbeiterklasse verschafft, deutlich erkennen. Zu Beginn der Sitzung ergriß der jetzige Reichsjustizminister Schiffer zu einer Erklärung das Wort. Wie bei ihm nicht anders zu erwarten war, sprach er sich gegen die sofortige Aufhebung der Sondergerichte, die zum Teil aufgehoben seien, und gegen den Erlass einer allgemeinen Amnestie aus. Wenn er sich dabei darauf berief, daß eine Amnestie „das Vertrauen in eine sichere und gleichmäßige Anwendung des Rechts gefährde“, so ist das nichts anderes als eine innerlich unwahre Redensart. Die Mißachtung des Rechts, wenn sie den besitzenden Klassen angenehm ist — siehe Amnestie bei Kapitalflucht und Steuerhinterziehung —, ist von denselben Leuten stets gefordert und beschloffen worden.

Wie gering der Unterschied zwischen diesem aus der alten national-liberalen Partei hervorgegangenen „Demokraten“ und den Deutschen Volksparteilern ist, zeigt die Zustimmung, die seine Haltung durch den Führer der Deutschen Volkspartei, Straßmann, fand. Dieser benutzte sofort die Gelegenheit, um einen von den Rechtssozialisten eingebrachten Antrag auf Begnadigung der Missetäter bei dem Märzputsch so auszulegen, daß wahrscheinlich selbst bei Annahme dieses Antrages ein irgendwie nennenswerter Erfolg recht fraglich wird. Nach einer warmen Verteidigung der Orgel und ihres Führers Escherich und einigen nicht gerade ausragenden politischen Betrachtungen rückte Straßmann dann mit schwerem Geschick gegen den Wiederaufbauminister Rathenau vor. Hatte er zuvor die Erklärung der Regierung, daß die Industrie die Ausfuhrabgabe nicht erheben müsse, scharf zurückgewiesen als eine diese Kreise unerträglich belastende Steuer, so ließen seine weiteren Ausführungen keinen Zweifel daran, daß die Deutsche Volkspartei den Absichten der Regierung über die Aufbringung der Lasten mit schärfster Ablehnung gegenüber steht. Besonders mißfiel ihm der Ausspruch Rathenaus, daß die Erfüllung der Forderungen der Entente möglich ist, wenn Deutschland will. „Ein sehr gefährliches Wort“ sei damit ausgesprochen worden, so meinte er, und sprach damit wohl die Meinung der gesamten Deutschen Volkspartei aus, die ihre Stellung zu der gegenwärtigen Regierung nur unter dem Gesichtspunkt betrachtet, wie sie sich am besten den drohenden Lasten entziehen kann.

Eine recht unglückliche Figur spielte der Demokrat Petersen. Seine Rede sollte die Brücke zur Deutschen Volkspartei schlagen und sie veranlassen, einem Vertrauensvotum für die Regierung zuzustimmen. Es ist sehr zweifelhaft, ob ihm dies gelungen ist, denn seine Rede fand dort eine sehr lässige Aufnahme und begnugte sich mit lebhaftem Widerspruch, als er sich dem undankbaren Nachweis unterziehen wollte, daß die Deutsche Volkspartei so gar nicht daran denke, für die Wiederherstellung der Monarchie einzutreten. Auch den Rechtssozialisten, denen er wegen der Rede von Wels politische Agitation vorwarf, drohte er durch Lösung der Koalition, wenn sie den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung ablehnen würden.

Aber ein anderer Teil seiner Rede war für uns viel bedeutungsvoller. Petersen bestätigte, was wir stets gesagt haben, daß die bürgerlichen Parteien gar nicht daran denken, mit einer Partei zusammenzugehen, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht und gewillt ist, die Interessen der Arbeiterklasse konsequent zu vertreten. Ausdrücklich erklärte er, daß nach allem, was die Unabhängige Sozialdemokratie in und nach der Revolution geleistet habe, sie für eine vernünftige demokratische Regierung nicht in Frage käme. Ganz unsere Meinung! Zusammengehen mit der demokratischen Partei, die genau wie die Deutsche Volkspartei die Koalition benutzen will, um den bestehenden Klassen die Lasten zu entziehen — über die Stellungnahme der Demokraten zu den Besitzern meinte er, sie seien nicht irgend, wie prinzipiell (!) gegen Besitzern —, wäre eine Preisgabe der Interessen der Arbeiterklasse, die gleichbedeutend wäre mit dem Verzicht auf die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiterklasse durch die Macht, die in der Zahl und in der wirtschaftlichen Stellung der Arbeiter begründet ist.

## Ein Musterlager

„Die Juden sollen ruhig verbrennen“

In Stargard in Pommern befindet sich ein Internierungslager, in dem eine große Anzahl Ostjuden untergebracht sind. Diese sollten ursprünglich als „lästige Ausländer“ über die Grenze geschoben werden, das war aber infolge der Grenzsperrung nicht möglich, und so schickte sie die preussische Regierung nach Stargard in das Internierungslager. Die Behandlung, die den Internierten dort zuteil wird, ist dazu angetan, der Welt wieder einmal zu zeigen, wie tief gewisse Kreise des deutschen Volkes in ihrer Gesinnung und Anschauung noch in der Barbarei stehen. Uns sind wiederholt Beschwerden aus den Kreisen der Internierten zugegangen, die von geradezu haarsträubenden Dingen berichten. Die Internierten werden von den Bewachungsmannschaften in flegelhafter Weise beschimpft; „Schleiber“, „Verbrecher“, „jüdischer Schweinehund“ sind ungefähr noch die mildesten Ausdrücke, die dort üblich sind. Daneben hagelt es noch Prügel, und das Essen ist schlecht. Kurz, es werden jene Gepflogenheiten fortgesetzt, die während des Krieges in manchem deutschen Gefangenenlager üblich waren und die jetzt zu den Kriegsverbrechen gehören in Leipzig geführt haben. Die „Jüdische Arbeiterstimme“, das Organ der jüdischen sozialistischen Arbeiter, veröffentlicht über die Vorgänge in diesem Musterlager folgenden charakteristischen Bericht:

Vor einigen Tagen brach im Lager Stargard in einer Baracke ein Brand aus. Da die Barackentüren verschlossen waren, wollten die Internierten zum Fenster hinauspringen. Die Wächterposten bedrohten sie daraufhin mit Geschossen. Da inzwischen der Brand einen außerordentlichen Umfang annahm, feinerlei Löschgeräte vorhanden waren, bereits mehrere Personen schwere Brandwunden erlitten hatten, magten die Unglücklichen doch den Sprung aus dem Fenster. Der sollte ihnen schlecht bekommen. Die ersten, die heraussprangen, — wurden jämmerlich mißhandelt. Umhüllt das Feuer zu lösen und den Leuten zu helfen, schlugen die Wächterposten mit Kolben auf die Internierten ein. Das wenige Hab und Gut der Leute, ihre Kleider, Geld, ihre Papiere sind verbrannt. Mehrere Internierte liegen mit schweren Brandwunden im Lazarett. Ein Feldwebel erklärte am folgenden Tage beim Appell, daß bei einem nachmaligen Brande niemand herauspringen würde. „Die Juden sollen ruhig verbrennen.“

Und wer sind nun die Internierten, die in Stargard untergebracht sind und die eine derartige barbarische Behandlungsweise über sich ergehen lassen müssen? Es handelt sich in der Hauptsache

um jüdische Arbeiter, die während des Krieges aus den östlichen besetzten Gebieten zwangsweise nach Deutschland verschleppt wurden und hier zwangsweise im Interesse der deutschen Kriegsführung und im Interesse des Kriegskapitals für billiges Geld stunden mußten. Nachdem man die Leute heimlos gemacht hat, speert man sie zum Dank ein, mißhandelt und beschimpft sie, behandelt sie schlimmer wie das Vieh. Ist das deutsche Kultur? Wir verlangen von der Regierung, daß sie die skandalösen Zustände im Internierungslager Stargard eingehend untersucht und die Schuldigen zur Verantwortung zieht.

Wie die B. V. R. mitteilen, soll der preussische Minister des Innern Dominicus schon am 31. Mai eine Unterordnung über die Zustände im Internierungslager Stargard angeordnet haben. Hoffentlich trifft diese Nachricht zu und hoffentlich bringt sie einen positiven Erfolg.

## Kommunistische Praxis

Die „Rote Fahne“ bespricht in der gestrigen Abendausgabe einen Artikel der „Post“, der sich mit dem kommunistischen Kadav in den Parlamenten beschäftigt. Die „Post“ spricht darin ihre Genugtuung darüber aus, daß die Unabhängigen ein Zusammengehen mit den Kadav elementen ablehnen. Jeder Arbeiter wird wissen, daß wir des Lobes der „Post“ nicht bedürfen und daß wir unsere Stellungnahme zu den Kommunisten nicht davon abhängig machen, ob wir von einem reaktionären Organ gelobt oder getadelt werden. Die „Post“ behauptet nun aber, daß wir durch das Abdrücken von den kommunistischen Kadav elementen uns auch die „leichtsinnige Verdächtigung der Rechtsprechung der Sondergerichte“ nicht zu eigen machen. Die „Rote Fahne“ hat nichts eiligeres zu tun, als diesen Gedankenweg aufzugreifen und zu behaupten, wir seien mit der Tätigkeit der Sondergerichte zufrieden.

Es lohnt sich eigentlich nicht, diese nichts würdige Verdächtigung zurückzuweisen, da wir sowohl in den Parlamenten als auch an dieser Stelle die Tätigkeit der Ausnahmegerichte immer von neuem wieder scharf kritisiert haben und beinahe täglich ihre Befestigung fordern. Aber die Haltung der Kommunisten zwingt uns doch zu der Feststellung, daß gerade die Kommunisten, die nicht mit sachlichen Argumenten zu operieren verstehen, sondern durch einen Aufwand an Lungenkraft den Ausnahmegerichten Beisulommen versuchen, der Sache der in den Gefängnissen und Zuchthäusern schmachtenden Arbeiter mehr Schaden als Nutzen. Wir erinnern nur an die Vorgänge während der Donnerstagsitzung im Preussischen Landtage. Selbst die Kommunisten, die als Zuhörer den Verhandlungen beimohnten, konnten sich des Eindrucks der sachlichen Rede des Genossen Loh nicht entziehen. Die maßlosen Reden der Kommunisten Eberlein und Kiliau hingegen stießen ab, wie sie jeden Menschen von Geschmack und Anstand abstoßen mühten. Wir wissen aber auch, daß selbst ein Teil der kommunistischen Landtagsabgeordneten nur mit Kopfschütteln und innerem Unbehagen den Reden ihrer Fraktionskollegen zugehört haben.

Allerdings, die Kommunisten, die durch Kadav machen glauben, eine Wirkung erzielen zu können, haben einen Entschuldigungsgrund für sich. Wie aus der Broschüre Paul Lenins hervorgeht, muß der Kadav auf Befehl fremder Männer aus dem Osten importiert werden. Die unabhängigen Abgeordneten unterliegen demartigen Geboten nicht. Aus ihrem sozialistischen Pflichtgefühl heraus kämpfen sie mit sachlichen Argumenten gegen die Justizschmach an und erreichen damit mehr für die inhaftierten Arbeiter als die ganze kommunistische Partei zusammen durch ihr widerwärtiges Gebahren. Wenn die Ausnahmegerichte fallen, wenn die Amnestie für die unglücklichen Opfer der Märzunruhen kommt — und sie wird und muß kommen —, wenn die Arbeiter, die heute hinter Zuchthaus- und Gefängnismauern schmachten, wieder in Freiheit sind, dann werden sie ihre Befreiung nicht den Kommunisten, sondern denjenigen zu danken haben, die nicht mit Schimpereien, sondern mit positiven Gedanken, mit überzeugenden Beweisgründen die Amnestie fordern und schließlich auch durchdrücken werden.

## Parlamentarische Hauswurstiade

Die kommunistischen Führer haben sich in die Parlamente wählen lassen, wie sie behaupten, nicht um in der bisher üblichen Weise dort tätig zu sein und dafür die ebenso üblichen Diäten zu beziehen, sondern um endlich „revolutionäre Arbeit“ auch in diesen verrotteten und verfaulenden Adressaten zu leisten. Wir haben wiederholt gezeigt, was die Herrschaften darunter verstehen. Sie halten entweder Reden von vieler Stunden Länge, denen kein Mensch zuhört und die nicht einmal ihre eigene Presse abdruckt. Oder sie schimpfen wie die Bessenen, werden von keinem Menschen mehr ernst genommen und freuen sich darüber, wenn es ihnen gelingt, durch pöbelhaften Kadav eine Sitzung zu sprengen. Am Weisen des bürgerlichen Parlamentarismus wird zwar durch diese „revolutionäre Arbeit“ nichts geändert, aber die Hauptsache bleibt doch, daß man den nicht sehr vermögenden Parteianhängern erzählen kann, wie man deren Interessen im Parlament wahrnimmt.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags hat sich das folgende begeben: Der Kommunist Höllein sprach, und da man von seinen Parteifreunden gehört hatte, daß er es nicht unter drei Stunden tun würde, so verließ alles den Saal. Von den kommunistischen Abgeordneten waren zu Beginn der Rede Ständenhalber noch etwa 20 da, nach und nach verkrümelten auch sie sich und schließlich blieb kaum ein halbes Dutzend im ganzen Saal zurück. Die anderen Fraktionen hatten die willkommenen Gelegenheit benützt, um in anderen Sälen Sitzungen abzuhalten. Zwei Stunden etwa waren vorüber, da wurde Herr Höllein von einem Parteifreunde ein Zettel folgenden Inhaltes hinausgereicht:

Du mußt mal sagen  
ich komme zum Schluß  
damit der Klingelt.  
Und dann weiter reden!  
Wenn sie alle herzukommen.

Zur Erklärung dieser Hieroglyphe sei bemerkt, daß „der“, nämlich der Präsident, die Klingelzeichen des ganzen Hauses in Bewegung setzt, wenn der Redner zu verstehen gibt, daß er am Schluß angelangt ist. In diesem Falle hat sich der Präsident aber in seinem Halbchlummer nicht hören lassen, denn Herr Höllein mußte seine drei Stunden zu Ende sprechen, ohne daß die anderen Abgeordneten auf den Späß hingefallen wären.

## Schutz vor der Schupo!

Die kommunistische Fraktion hat im Reichstag eine Anfrage eingebracht über die vielfachen Ausschreitungen der Schupo während des mitteldeutschen Aufstandes. In der Anfrage wird behauptet, daß von den Mannschaften der Schupo der 1. und 2. Pommerscher Merseburger unter Führung von Hauptmann Boppsen und Freiberger von der Tann unerschütterliche Grausamkeiten an wehrlosen gefangenen Arbeitern begangen worden seien. Dem Schupo-Mann Stebert, der Gefangenen einrächtete, soll Freiberger von der Tann

gesagt haben: „Wie, Sie machen Gefangene? Warum schmelzen Sie keine Handgranate rein?“ Weiter wird behauptet, daß der gleiche Herr einen Schupo-Mann, der sich lobend über die Behandlung der Arbeiterklasse während seiner Gefangenschaft aussprach, mit Erschießen bedroht habe. Der Amisorensteher aus Trebitz soll stark mißhandelt und später auf indirekten Befehl des Freiberger von der Tann erschossen worden sein. Zwischen Trebitz und Rothenburg, so wird weiter behauptet, sei ein junger Mann erschossen und in die Saale geworfen worden. Die Regierung wird schließlich befragt, was sie gegen die beschuldigten Personen zu unternehmen gedenkt, und ob sie bereit ist, eine eingehende Untersuchung und Strafverfolgung zu veranlassen.

Wir wissen aus eigener Erfahrung, daß ein großer Teil der Schupo-Mannschaften sich von jeder Ausschreitung ferngehalten hat und die Ausschreitungen im Interesse des Ansehens der Schupo verurteilt. Auf der anderen Seite gibt es aber unter der Schupo auch viele verrohte Elemente. Gegen sie einzuschreiten, sie aus der Schupo zu entfernen, ist Ehrenpflicht einer Regierung, die Wert auf Ansehen legt.

## Beitritt der russischen Sozialrevolutionären Partei zur Wiener Internationale

D. E. Kewal, 3. Juni.

Das Zentralkomitee der russischen Sozialrevolutionären Partei veröffentlicht ein Schreiben an das Bureau der „Internationalen Arbeitergemeinschaft der sozialistischen Parteien“ (Wiener Internationale). Das Schreiben wendet sich sowohl gegen die 2. wie gegen die 3. Internationale und teilt mit, daß das Zentralkomitee der Partei den Beschluß gefaßt habe, der Arbeitergemeinschaft beizutreten, obwohl das Agrarprogramm der russischen Sozialrevolutionäre sich von dem der anderen in der Arbeitergemeinschaft vereinigten Parteien unterscheidet. Das Schreiben teilt mit, daß die Partei die Wiener Konferenz nicht rechtzeitig habe beistimmen können. Das illegale Dasein, das die Partei infolge der Verfolgungen von Seiten der Sowjetregierung führen müsse, verhinere zwar die klare Scheidung der Geister innerhalb der Partei, aber das Zentralkomitee vertritt im wesentlichen dieselbe Politik wie die Parteien des sozialistischen Zentrums im Westen.

## Aus Sowjetrußland

Die Förderung der Privatindustrie

D. E. Kewal, 3. Juni.

Die Sowjetregierung hat bereits begonnen, die neuerdings wiederholt gemeldeten Pläne über die Freigabe der kleinen und mittleren Privatindustrie zu verwirklichen. Ein Dekret des Rates der Volkskommissare ordnet an, sämtliche Maßnahmen zur Förderung der Heim- und Kleinindustrie sowohl in der genossenschaftlichen wie auch in der privatwirtschaftlichen Form zu treffen. Alle überflüssigen Reglementationen, welche die private Initiative hemmen könnten, müssen aufgehoben. Die Produzenten sind an der freien Verfügung über ihre Erzeugnisse nicht zu hindern. Vertragsbruch der Erzeuger dem Staate gegenüber und Mißbrauch der evtl. von den Staatsorganen teilweise zur Verfügung gestellten Bücher dürfen nur auf gerichtlichem Wege verfolgt werden. Die Verwaltungsbehörden haben sich lediglich auf die Überwachung zu beschränken und vor allem dafür zu sorgen, daß die Arbeiter in den Privatbetrieben geschäftlich geschützt und den staatlichen Betrieben Material und Arbeitskräfte nicht entzogen werden. Die Produktionsgenossenschaften sind besonders zu begünstigen. Das Dekret hebt eine Reihe von früheren Dekreten auf, die die Heimindustrie und das Genossenschaftswesen bisher regelten, und beseitigt den Verbot, an Privatpersonen und Privatbetriebe Warentransportationen von Staatswegen kommissionarisch zu übertragen. Nach dem Dekret vom November 1920 über die endgültige Durchführung der Nationalisierung wird aufgehoben, jedoch werden die bis zum 17. Mai d. J. verfügbaren Nationalisierungen dadurch nicht ohne weiteres rückgängig gemacht.

Ende Mai wurden in Petersburg befohlen für das Pfund (400 Gramm) Butter 20, bis 25 000, Brot 2500, Fleisch 9000 Rubel, für ein Ei 1000, 1 Pfund Fisch 7000, die flüssige Milch 3000, für das Pfund Kartoffel 1500, für eine Gurke 2500 Rubel. (1 Reichsmark entspricht gegenwärtig 450 Sowjetrubel. Im Frieden war 1 Reichsmark gleich 0,47 Rubel. Das Gehalt eines mittleren Angestellten der Sowjetregierung beträgt 8 bis 10 000 Rubel monatlich.)

## Das neue Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrates

Der Moskauer Kongreß des Volkswirtschaftsrates hat zum Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates an Stelle Rykoms den kommunistischen Wirtschaftler Bogdanow, ein früheres Parteimitglied des Rates, und zu seinem Stellvertreter an Stelle Illjuzin den Kommunisten Sapronow, den Führer der Oppositionsgruppe des „demokratischen Zentralismus“, gewählt. Rykoms, Illjuzin, Komow und Rogin, die auf dem Kongreß mit programmatischen Erklärungen aufgetreten waren, sind nicht wiedergewählt worden. Die Nichtwiederwahl der früheren Leiter des Obersten Volkswirtschaftsrates ist offenbar als Mißbilligung der in der großen Rede Rykoms formulierten Freigabe der kleinen und mittleren Privatindustrie zu betrachten. Von den acht neuen Vorstandsmitgliedern sind vier gleichzeitig vom Gewerkschaftskongreß zu Vorstandsmitgliedern des Allrussischen Gewerkschaftsrates erwählt worden.

## Der Streik in Norwegen

Christiania, 3. Juni.

Die Streikleitung hat der Regierung ein Schreiben übersandt, in dem die Einführung einer Betriebskontrolle verlangt wird, die durch den Industriekongreß, bestehend aus Vertretern der betreffenden Arbeiter, ausgeübt werden soll. Dem Industriekongreß soll das Recht zustehen, den Betrieb und die Abrechnungen zu kontrollieren. Ohne Zustimmung des Industriekongresses soll kein Betrieb eingestellt werden dürfen. Weiter wird die Bewilligung von 50 Millionen Kronen zur Unterstützung Arbeitsloser verlangt. In dem Schreiben wird die Regierung zum sofortigen Handeln aufgefordert, da ein Ausschub verhängnisvoll werden könnte.

Aus mehreren Orten werden belanglose Unruhen gemeldet. In Christiania ist alles ruhig. Die Verhandlungen betreffend den Seelenkonflikt werden fortgesetzt.

Ueberfall auf den Herzog Albrecht von Württemberg. Nach Pressenmeldungen wurde auf den Herzog Albrecht von Württemberg und den Fürsten Erich v. Zeil am Schluß einer Jagd von einem unbekannten Täter ein Schuß abgegeben, der beide unerschütterlich verfehlte.

Berandung einer Bank. In Deuben bei Dresden drangen in die Filiale der Deutschen Bank acht maskierte und bewaffnete Räuber ein, die in einem Kraftwagen gekommen waren, hielten das aus etwa zwölf Personen bestehende Bankpersonal durch gehaltene Pistolen in Schach und legten es in Fesseln. Darauf raubten sie die Kassenkörbe aus und ergriffen unter Mithilfe eines Wert-Milchmanns in Kassenkleinen im Kraftwagen die Flucht. Die sofort benachrichtigte Kriminalpolizei hat die Verfolgung der Verbrecher aufgenommen.

Das Todesopfer der Kampfschlacht. Wie „Exchange Telegraph“ aus New York meldet, beträgt die Anzahl der Opfer in den Kämpfen zwischen Weißen und Negern in Tulsa (Oklahoma) 170.

Die U.S.P.D. nahm gestern abend in 25 öffentlichen Versammlungen Stellung zum Regierungsprogramm. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht, zum Teil überfüllt. In Neudamm sprach Genosse Otto Meier vor einer...

In der Schulaula Gleimstraße sprach vor etwa 1000 Personen Genosse Leib. Er behandelte vor allem die Klassenjustiz und forderte die Arbeiterklasse auf, sich nicht in Bruderkämpfen zu zerstreuen...

In der Aula Greifswalder Straße sprach Genosse Pfeiffer und fand reichen Beifall. Besondere Zustimmung wurde dem Redner zuteil, als er ausführte, daß die U.S.P.D. sich an einer bürgerlichen Koalitionsregierung nicht beteiligen könne...

Die Versammlung in der Schulaula Mantensfelstraße war ebenfalls stark besucht. Genosse Werner referierte. In der Diskussion sprachen drei Kommunisten, es kam dabei zu stürmischen Auftritten, jedoch gelang es schnell, die Ruhe wieder herzustellen...

In den Brackfäden des Dieners referierte Genosse Dr. Wehl vor einer bis auf den letzten Platz gefüllten Versammlung. In der Diskussion unterstrich der Führer der A.P.D., Dr. Meyer, zum Teil die Ausführungen des Referenten...

In Dichtenberg sprach vor etwa 1000 Personen Genosse Stäßinger und fand lebhaften Beifall. Die kommunistischen Diskussionsredner wurden im Schlusswort geradezu glänzend wiederlegt. — Gut besucht war auch die Versammlung in der Viehhofstraße, wo Genosse Köhler sprach...

In Pantow sprach vor etwa 400 Personen Genosse Freund. Eine Diskussion fand nicht statt. — In Charlottenburg referierte in der Aula der Luisenschule Genosse Dr. Moses und fand einstimmigen Beifall. — Ueber die weiteren Versammlungen der Redner bewegten sich in folgenden Gedankengängen:

Die Annahme des Ultimatums ist die notwendige Konsequenz der Friedenspolitik der U. S. P. D., die allein den Interessen des deutschen und des gesamten internationalen Proletariats entspricht und freie Bahn für die Ueberwindung der nationalpolitischen Gewaltspolitik des Kapitalismus schafft.

Die Verpflichtungen Deutschlands müssen jetzt ehelich und energisch durchgeführt werden und das Entstehen neuer internationaler Krisen verhindert werden. Vor allem muß die Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren restlos erfolgen.

Die wirtschaftliche Durchführung des Friedensvertrages fordert eine Steigerung der Produktion in Landwirtschaft und Industrie. Diese ist ohne Befreiung der breiten Massen nur möglich durch eine umfassende Sozialisierung. Deshalb halten wir fest an unserer Forderung der Sozialisierung der entscheidenden Produktionszweige.

Insbesondere des Kohlenbergbaues. Eine neue Belastung der arbeitenden Massen muß vermieden werden. Die Bestehenden, insbesondere die Besitzer der Goldwerte — Landwirtschaft, Industrie, Handel und Banken — können die Lasten tragen. Die Steigerung der Produktion darf nicht erstrebt werden durch weitere Herabdrückung des Reallohnes oder durch Verlängerung der Arbeitszeit...

Die Entwürfe der Regierung sind in politischer Hinsicht völlig unzureichend. Sie lassen jede Energie gegen die bürgerliche Orgelregierung vermissen, sie enthalten nicht einmal die unumgänglich notwendige Befreiung der Sondergerichte und die Gewährung einer Amnestie für die politisch Verfolgten.

In wirtschaftlicher Beziehung ist das Programm der Regierung anmaßend und vieldedeutig. Nur in schweren Kämpfen wird die Arbeiterklasse die Wirtschafts- und Steuerpolitik durchsetzen, die ihren Interessen entspricht.

Es handelt sich um Machtfragen, in denen nur eine gewerkschaftlich zusammengeschlossene und politisch klar geführte Arbeiterklasse entscheidenden Einfluß gewinnen kann. Die Unabhängige Sozialdemokratie steht der Koalitionsregierung von Rechtssozialisten, Zentrum und Demokraten ohne jede Illusion gegenüber...

Wir sind überzeugt, daß nur eine rein sozialistische Regierung den rettenden Ausweg finden kann. Deshalb ist die Unabhängige Sozialdemokratie nach wie vor bereit, durch Beteiligung an einer rein sozialistischen Regierung jede Verantwortung mit zu übernehmen. Die Rechtssozialisten aber haben diesen mutigen Schritt in der letzten Krise nicht getan...

Die Gegenläufe in der Koalitionsregierung werden aber auf die Dauer nicht überbrückt werden können. Dann werden auch die rechtssozialistischen Massen, die eine solche Politik unterstützen, erkennen, daß nicht Kompromisse, sondern nur unabhängiger, sozialistischer Klassenkampf die Politik der Arbeiterklasse sein kann. Diese Erkenntnis kann nicht durch Ministerjägererei um jeden Preis...

Der Herr Reichskanzler hat vorgestern von der Notwendigkeit der Normalisierung und Topfierung der Industrie gesprochen, wie überhaupt von der Notwendigkeit der Verbesserung der Technik.

Der Herr Reichskanzler hat vorgestern von der Notwendigkeit der Normalisierung und Topfierung der Industrie gesprochen, wie überhaupt von der Notwendigkeit der Verbesserung der Technik.

Der Herr Reichskanzler hat vorgestern von der Notwendigkeit der Normalisierung und Topfierung der Industrie gesprochen, wie überhaupt von der Notwendigkeit der Verbesserung der Technik.

# Die Neuregelung der Getreidewirtschaft

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags begannen gestern die Beratungen über das Umlageverfahren, dessen Einführung die Regierung in einem Gehehentwurf vorschlägt. Nach der Berichterstattung durch den Referenten ergriff der Ernährungsminister Hermes das Wort zu einer ausführlichen Begründung der Vorlage. Seine Darlegungen waren nur eine sehr schwache Verteidigung des Umlageverfahrens. Er vermied es sorgsam, die entscheidende Frage zu beantworten, ob seine Einführung die inländische Versorgung sicherstellen werde...

Schmidt-Cöpenick (Soz.) wies als Referent auf die große Bedeutung der Vorlage für unsere Volkswirtschaft hin, da es sich um das wesentlichste Nahrungsmittel, das Brot, handle. Zunächst ist die Frage der Wirtschaftsform zu erwägen. Kommt bei dem geplanten Umlageverfahren mehr oder auch nur ebensoviel heraus als bei der jetzigen Zwangswirtschaft? Man muß sich sehr überlegen, ob man die in ihm vorgelebene Dezentralisation vornehmen soll. Bei freier Wirtschaft ist eine Verteilung und Verteuerung des Brotes zu befürchten. Ich glaube nicht, daß das Ziel einer besseren Ablieferung durch das Gesetz erreicht würde...

Reichsernährungsminister Hermes führte aus: Bei Neuregelung der Getreidewirtschaft für das Wirtschaftsjahr 1920/21 ist es das Preis, die den Militaristen, Nationalisten und Steuerheuen außerordentlich willkommen wäre, gefördert werden, sondern nur dadurch, daß die Taten der Regierung selbst alle Illusionen beseitigen und völlige Klarheit über...

die Unüberbrückbarkeit der Klassengegensätze schaffen. Deshalb nimmt die Unabhängige Sozialdemokratie der Regierung gegenüber eine völlig freie, selbständige, nur von ihren Grundgedanken bestimmte Haltung ein und wird ihre ganze Kraft einlehen, um die Reichspolitik im Sinne der Interessen der Arbeiterschaft vorwärtszutreiben.

Preis, die den Militaristen, Nationalisten und Steuerheuen außerordentlich willkommen wäre, gefördert werden, sondern nur dadurch, daß die Taten der Regierung selbst alle Illusionen beseitigen und völlige Klarheit über...

## Deutscher Reichstag

Präsident Ebe eröffnet die Sitzung 1 Uhr 30 Minuten. Abg. Horn (U. S. P.) weist in einer Anfrage auf große Waffensicherungen in Stettin hin. Waffen, die in der Stettiner Grenadierkaserne lagern, wurden für 400 000 M. verkauft und dem Käufer zur Ansicht gemacht...

Major v. Streicher: Die Tatsachen sind dem Reichswehrministerium seit einiger Zeit bekannt. Die Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft ist eingeleitet. Die Waffen gehörten zu den Lagern, die dem Entwaffnungskommissar ordnungsmäßig unterstellt sind. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Abg. Horn (U. S. P.): Sind die betreffenden Offiziere noch im Dienst und sind die Waffen jetzt in Sicherheit gebracht worden? Eine Antwort auf diese Ergänzungsfrage erfolgt nicht.

Fortsetzung der Besprechung der Regierungserklärung Die Deutschnationalen beantragen, der Reichsregierung das Vertrauen zu verweigern, dessen sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedarf.

Abg. Müller-Franken (S. P. D.) beantragt, die Urteile der Sondergerichte unter dem Gesichtspunkt möglicher Begnadigung nachprüfen zu lassen und dem Reichspräsidenten bloße Mitläufer der Aufwühlbewegung in weitestem Umfang zur Begnadigung zu empfehlen.

Reichsjustizminister Schiffer: Die Aufhebung der außerordentlichen Gerichte ist bereits einmal hier verlangt, aber nach eingehender Erörterung abgelehnt worden. Auch die Reichsregierung sieht die Ausnahmegefesse und Ausnahmegerichte für eine unerwünschte Erbschaft an. Die Ausnahmegerichte in Arnberg, Dornmund, Weisel, Meiningen, Altona, Hensburg und Stendal sind aufgehoben. In den nächsten 8 oder 14 Tagen wird es möglich sein, die Ausnahmegerichte in Dresden, Hamburg, Bochum, Elberfeld, Hagen, Münster, Halberstadt, Erfurt und Regensburg aufzuheben. Es bleiben noch sechs Sondergerichte übrig: Berlin, Halle, Breslau, Torgau, Nordhausen und Kamburg. Bei einigen Gerichten ist die Befreiung noch so groß, daß der Zeitpunkt für die Aufhebung noch nicht festzulegen ist. Für die Gewährung einer Amnestie liegen die Verhältnisse nicht einfach. Auch die Amnestie ist eine Ausnahmemassregel, eine Durchbrechung des ordentlichen Rechts. Deshalb muß die Frage sehr ernsthaft erwoogen und überlegt werden. Es kommt darauf an, mit der Gewährung einer Amnestie nicht zu rasch vorzugehen. Seit dem 12. November 1918 sind nicht weniger als 15 Gesetze und Verordnungen ergangen, durch die Amnestie gewährt wird. Dabei sind die auf Steuerergeben bezogenen nicht mitgezählt. Eine solche Haltung von Amnestien ist bedenklich. Die Ururufen sind auch teils wegs abgeschlossen.

Die Märzunruhen waren ja nur Vorpostengefächte, denken neue Kämpfe folgen sollen. Daher kann eine Amnestie auch nicht zur Beruhigung dienen. Denn dann würden die Strafen ins Gegenteil verkehrt werden. Ich bin daher nicht in der Lage, eine allgemeine Amnestie in Aussicht zu stellen. Ich verleihe die Gefühle, die sich durch die Tatkunde ergeben, daß Hunderte, Tausende, zum Teil junger, kräftiger Menschen, herausgerissen aus dem Beruf, im Gefängnis oder Zuchthaus zubringen müssen. Auch mit ihr das Schreckliche. (Großes Gelächter links.) Doch Sie (zur Linken) von ganz besonders schmerzlichen Gefühlen erfüllt sind, ist leicht verständlich. Bei Ihnen spielt das Gefühl mit, daß diejenigen, die Ihrem Kulo gefolgt sind, im Gefängnis oder Zuchthaus sitzen, während Sie in Sicherheit sind. (Lebhafter Zustimmung rechts.)

Abg. Stresemann (D. P.): Ich komme den Ausführungen des Reichsministers über die Amnestie zu. Den Verführten muß klar sein, daß ihre Strafen nicht immer durch eine Amnestie aufgehoben werden. Redner wandelt sich gegen das Ultimatum, besonders gegen die Erminderung der Polizei und gegen die Auflösung der Einwohnerwehren.

Der Herr Reichskanzler hat vorgestern von der Notwendigkeit der Normalisierung und Topfierung der Industrie gesprochen, wie überhaupt von der Notwendigkeit der Verbesserung der Technik.

Der Herr Reichskanzler hat vorgestern von der Notwendigkeit der Normalisierung und Topfierung der Industrie gesprochen, wie überhaupt von der Notwendigkeit der Verbesserung der Technik.

Der Herr Reichskanzler hat vorgestern von der Notwendigkeit der Normalisierung und Topfierung der Industrie gesprochen, wie überhaupt von der Notwendigkeit der Verbesserung der Technik.

Der Herr Reichskanzler hat vorgestern von der Notwendigkeit der Normalisierung und Topfierung der Industrie gesprochen, wie überhaupt von der Notwendigkeit der Verbesserung der Technik.

Der Herr Reichskanzler hat vorgestern von der Notwendigkeit der Normalisierung und Topfierung der Industrie gesprochen, wie überhaupt von der Notwendigkeit der Verbesserung der Technik.

Der Herr Reichskanzler hat vorgestern von der Notwendigkeit der Normalisierung und Topfierung der Industrie gesprochen, wie überhaupt von der Notwendigkeit der Verbesserung der Technik.

Der Herr Reichskanzler hat vorgestern von der Notwendigkeit der Normalisierung und Topfierung der Industrie gesprochen, wie überhaupt von der Notwendigkeit der Verbesserung der Technik.

Der Herr Reichskanzler hat vorgestern von der Notwendigkeit der Normalisierung und Topfierung der Industrie gesprochen, wie überhaupt von der Notwendigkeit der Verbesserung der Technik.

Der Herr Reichskanzler hat vorgestern von der Notwendigkeit der Normalisierung und Topfierung der Industrie gesprochen, wie überhaupt von der Notwendigkeit der Verbesserung der Technik.

Ziel gewesen, die Brotkrone auch fernerhin zu erschwüngen Preisen sicherzustellen. Hierzu ist die alte Zwangswirtschaft, die von den landwirtschaftlichen Kreisen abgelehnt wurde und auch mit der Natur des landwirtschaftlichen Betriebes schwer vereinbar ist, nicht die geeignete Form. Die Erfassungszahl von Brotgetreide, Gerste und Hafer, bei der Reichsgetreidestelle ist vom Jahre 1918 bis zum Jahre 1920 auf ein Viertel zurückgegangen. Der Minister wies in diesem Zusammenhang die bedauerlichen und sachlich meist unberechtigten Angriffe gegen die Reichsgetreidestelle zurück. Bei Fortsetzung der alten Zwangswirtschaft ist ein weiterer Rückgang der Erfassungszahl sehr wahrscheinlich. Wenn sich der Rückgang im gleichen Verhältnis wie in den letzten beiden Jahren vollzieht, so darf für das nächste Wirtschaftsjahr bei Fortsetzung der alten Wirtschaft nur mit einer Erfassung von 600-700 000 Tonnen gerechnet werden. Dieser Zahl würde ein Bedarf von 2,4 Millionen Tonnen gegenüberstehen. Für ein solches Resultat ist die Reichsgetreidestelle ein zu kostspieliger Apparat. Der Minister wandte sich den Bedenken, welche der Einführung einer völlig freien Wirtschaft entgegenstünden. Eine Steigerung der Einfuhr müßte eintreten, die in keinem Verhältnis zu unserer sonstigen Ausfuhr stehen und wirtschaftlich eine unerträgliche Befreiung darstellen würde. Bei völlig freier Wirtschaft würde die Höhe des Brotgetreidepreises dem Weltmarktpreis nahe kommen und hierdurch...

das Brot bis auf das Zwei- oder Zweieinhalbfache verteuert werden.

Der Minister widerlegte sodann im einzelnen die Argumente, die für die völlige Freigabe der Wirtschaft angeführt werden, und hob besonders hervor, daß die Freigabe von Fleisch und Kartoffeln nicht als Vergleich herangezogen werden könnte, da hier bessere Produktionsverhältnisse vorlägen. Bei dem wichtigsten Nahrungsmittel, dem Brot, müsse das Steuer noch fest in der Hand behalten werden. Voraussetzung des Gelingens der neuen Regelung ist, daß die Länder, in deren Hand der Vollsatz liege, ihrerseits gegen sämtliche Landestelle mit allem Nachdruck vorgehen und von den hierzu im Entwurf gebotenen Handhaben auch Gebrauch machen.

Abg. Cuno (D.P.) und v. Braun (Dnat.) polemisierten heftig gegen das Umlageverfahren und traten für die freie Wirtschaft ein.

v. Braun (Dnat.) suchte u. a. den Nachweis zu führen, daß die vorgelebene Umlage der Ertragsfähigkeit der einzelnen Bezirke nicht genügend Rechnung trage. Weiterberatung am Sonnabend.

Ich warne vor der Ueberspannung dieses Strebens. Sie bezahlen es mit dem

Untergang der vielen Reinen und mittleren Existenzen.

(Crispien: Sagen Sie das doch Herrn Stinnes!) Lassen Sie mich doch den Mut haben, auch nach meine Meinung vorzutragen, wenn Sie nicht mit der des Herrn Stinnes übereinstimmt.

Abg. Dr. Petersen (Dem.): Jetzt gibt es, das Volk zusammenzulassen, um die vom Parlament getroffene Entscheidung durchzuführen. (Sehr wahr! links.) Wir hoffen, daß durch positive Leistungen der Gebante des Schiedsgerichts und der allgemeinen Abklärung Erfüllung wird. Von ersterer Bedeutung war, daß der Präsident des Reichswirtschaftsrats, Abgeordneter Braun, die Vorläufe des Reichsanwalters stark kritisierte und dann, als ihm zugehört wurde, was er denn vorschläge, erklärte: Ich stehe ja nicht oben auf dem Ministerstuhl. Das ist eine Bankrotterklärung, wie ich sie fürstlicher noch nicht erlebt habe. (Unruhe rechts.) Der Radikalismus der Kommunisten wird bald abgewirtschaftet haben. Die Unabhängigen kommen für eine vernünftige demokratische Politik nicht in Frage. Wir freuen uns, daß die Mehrheitssozialisten wieder in der Regierung sitzen und bebauern, daß die Volkspartei nicht auch dabei ist. Wenn wir einen solchen Block zusammenbekommen, haben wir eine Regierungsbasis für lange Dauer.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Abg. Stresemann hat die Frage gestellt ob auf einem Truppenübungsplatz eine Uebung der Reichswehr durch ein Eingreifen der Entente verhindert worden sei. Das ist nicht der Fall. Die weitere Frage war, wie sich die Regierung zur Ausfuhrfrage stelle. Was sie bedeutet, läßt sich solange nicht erkennen, als nicht die Wirkung empfunden. Den Exportfirmen werden die Ausfuhrgebühren in Papiermark ausgezahlt werden. Über ihre Durchführung steht eine Reihe technischer Vorbereitungen voraus, nach deren Abschluß die Ausschahlung begonnen werden muß.

Abg. Hülsen (Komm.) polemisiert gegen die Rechte, dann gegen die Rechtssozialisten und zuletzt und mit dem größten Aufwand an Lungen- und Stimmkraft gegen die U. S. P. die er auffordert, die Arbeiterschaft zum Kampf aufzurufen. Die Kommunisten würden mitmachen und zwar in den vordersten Reihen. Auch die Frage der Regierungsbildung gibt ihm Anlaß, über die U. S. P. seinen Jörn auszuschütten. Die sozialistischen Landesregierungen in Sachsen und Braunschweig seien auch nichts anders als Stallknechte der Reaktion. Die Kommunisten würden die Regierung in Sachsen kürzen, wenn sie den Zeitpunkt für gekommen erachtet. Jetzt, wo diese Regierung von den Deutschnationalen so beschadet werde, sei das nicht oportun.

Nach der reichlich dreistündigen Rede Hülsen verlagte sich das Haus 6 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte. Vorher kleinere Vorlagen.

Druckfache  
sind die  
Hauptexpedition der "Freiheit"  
Berlin G 2  
Breite Straße 8-9

# Theater und Vergnügungen

**Volkshöhne**  
7 1/2 Uhr: Vorstellung des klassischen Theaters.  
Mittwoch 7 Uhr:  
**Der Bauer als Millionär**

**Neues Volkstheater**  
Röppicher Str. 68.  
7 Uhr:  
**Die St. Jakobsfahrt**

**Staatstheater.**  
Opernhaus  
7 Uhr: Die Räuber  
Schauspielhaus  
7 1/2 Uhr: Die Räuber

Direktion: Max Reinhardt.  
**Deutsches Theater**  
Vollständig u. Verknüpfung  
**Kammerspiele**  
1 Uhr: Der Strohhut  
**Großes Schauspielhaus**  
Sachstraße  
12. U. Die Sommerschnee (Kaiser Abonnement)

Theater l. d.  
**Königsgräber Str.:**  
Sachstr. 7-90 Uhr:  
Mit dem Feuer spielen  
1 Uhr: Satana Maske (Orska, Kleemann, Bild)

**Berliner Theater:**  
DAS  
**Milliarden**  
SOUPER

7.30 Uhr: Silde Wiener, Ufa  
Musik, Ralph Arthur Roberts,  
Dorb. Almer, Paul Kellner

**Komödienhaus:**  
Waldenstr. 7.30 Uhr:  
Der blonde Engel  
von Robert Winterberg  
Paul Feldmann u. G.  
Josephine Dora u. G.  
Josephine Dora u. G.  
Josephine Dora u. G.  
Josephine Dora u. G.

**Neiden Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Lady**  
Windermere's  
Fächer  
von Oscar Wilde.

**Stran Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Max Adalbert**

**Ab dafür**  
100 Ampheben u. Mathern

**Kleines Theater**  
7 1/2 Uhr: Nur ein Traum

**Thalia Theater**  
7 1/2 Uhr: Mascottchen

**Komische Oper**  
7 1/2 Uhr: Die Oper

**Alt-Heidelberg**  
11. U. Jolles Caprice 11.  
am Dramenburger Tor  
Der ledige Chemann  
mit Herb. Grunckel

**Rose Theater**  
7 1/2 Uhr:  
Wo die Schwalben nisten

**Münzen :: Briefmarken**  
kauft Großmann, Johannisstr. 4.  
Zugang u. d. Friedebf. (Nr. 108) Norden 100 21

**Leffing Theater**  
Direkt: Victor Barnowsky  
Sommerfestspiel:  
Waldenstr. 7 1/2 Uhr:  
**Die Ballerina des Königs**

**Deutsch. Künftl. Theater**  
Waldenstr. 7 1/2 Uhr:  
**Rosenmontag**  
(Sachstr. 2009)

**Theater am Rollendorfsplatz**  
7 1/2 Uhr:  
**Der Vetter aus Dingsda**

7 1/2 Casino Theater 7 1/2  
Für einige Aufführungen:  
**Der Schritt einer Frau**

**Walthalla Theater**  
7 1/2 Uhr:  
**Die Scheidungstette**

7 1/2 Apollotheater 7 1/2  
Friedrichstraße 218  
Täglich:  
**Tip-Tip Murrhah**  
oder  
**Der Sport-Schlemihl**  
mit Wilhelm Hartlein

Theat. u. Koth. Tor  
Tel. Moritzplatz 10077  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Sänger**  
- 10 Herren! -  
Vorv. 11-12 u. 6-6

**Berliner Brater**  
Kastanienallee 7-9  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Die Schönste von Allen**  
Operette von Jean Gilbert  
Variété-Sensationen

**Inform. Damen-Boxkämpfe**  
und der anschließende  
**Juni-Spielplan**

**Sommer-Theater**  
**Schweizergarten**  
Am Friedrichshagen 20-32  
Täglich  
das große Sensations-Juni-  
Spezialitäten Programm

2 Akten, phänomenaler  
rollenspielender Literatur!  
Fritz Pohlmann, Honorat  
Lotte Warny, Sabrette  
Müller, Tanz, Gesang- und  
Tanzduett

Ballettschule Leserer  
Gödel, Zaubermeister  
u. a. i.  
Waldenstr. 10  
Die Fahrt ins Glückland

Mittwoch, 6. Juni 1921  
Erstes großes Kindertrauerspiel  
Um 4 Uhr das Märchenstück  
Rotkäppchen und der Wolf  
nachher h. ungehörte Programm

Donnerstag, 9. Juni 1921  
**Elite-Tag!**  
**Großes Brillant-Fest**  
Waldenstr. 10  
Anfang: Sonntag 4 Uhr.  
Vorverkauf täglich u. 10 Uhr ab.

**Neue Haare**  
wachsen schon wieder

Die Haarkraftwässer wirken  
Wunder auch imallgemein  
Einreden. Frau D. ...  
Canst. H. ... So über ihu-  
lich lauten viele andere Aus-  
sagen über Reichels  
Haarkraftwässer „Reel“.  
10. 11. - und 17.  
Otto Reichel, Berlin 46,  
50, Eisenbahnstraße 4.

**Greifheit**  
Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands  
mit der wöchentlich einmal erscheinenden  
illustrierten Unterhaltungsbeilage „Freie Welt“  
zum Preise von Mk. 10. - monatlich, Mk. 5. - halbjährlich,  
bei freier Zustellung ins Haus

Betrifft: **SCAVIA**

1. **VARIETE**  
in höchster Vollendung

2. **Kähler Aufenthalt,**  
bequeme Sitzplätze

3. **Billige Preise**

Das Juni-Programm mit den Ausland-Stars:  
**Carmon Roca**, spanische Tänzerin, **John-  
son u. Johnson**, schwedische Komödianten,  
**Jenni u. Ellis Amarath**, amerikanische  
Tanz-Attraktion sowie Kammeränger **Anton  
Bürger**, die bekannte **Arthur-Klein-Familie**  
und weitere 6 Attraktionen dürften jedermanns  
Beifall finden.

Der große luftige Raum ist besonders gut ven-  
tiliert, und die bequeme Sitzgelegenheit ist an-  
erkannt.

Schon von 3 Mark an erhalten Sie einen nume-  
rierten Sitzplatz, und Sie werden zu keinen weiteren  
Ausgaben anhalten.

**Residenz-Kasino**  
Blumenstraße 10  
Täglich:  
**Großer  
Witwenball**

**Zeissfeldstecher**  
6. und Hoch, kauft händig.  
**M. Sackelmann,**  
Berlin W 9, Potsdamer Str. 135  
(Köpen 9280).

**Prismengläser**  
und Pistolen kauft  
Ripstein, Platenstr. 50.

**Verlagsgenossenschaft Freiheit**  
e. G. m. b. H.  
Sonabend, den 18. Juni,  
5 Uhr nachm.

**Generalversammlung**  
im Saale des Gewerkschafts-  
hauses, Engel-Ufer 15.  
Tagesordnung:  
1. Bericht des Vorstandes.  
2. Bericht des Aufsichtsrates.  
3. Entwürfe.  
4. Neuwahl des Vorstandes und  
des Aufsichtsrates.

Entwürfe, zu deren Erleuchtung  
die Einsichtnahme in die Bücher  
erforderlich ist, müssen bis zum  
10. d. Mts. bei dem Unter-  
zeichneten eingereicht sein.

Der Aufsichtsrat  
**J. A. Otto** Vorsitz.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.

**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur  
Nachricht, daß unser Kol-  
lege, der Schwabenberiber  
**August Griebert**  
Waldenstr. 20 am 1. d.  
Mts. gestorben ist.

Die Beerdigung findet  
am Sonntag, d. 4. Juni,  
nächmittags 2 Uhr, von  
der Friedhof des Thoma-  
sianer-Klosters in Neuo-  
dölln, Hermannstraße aus,  
statt.

Kege Beteiligung wird  
erwartet.

**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur  
Nachricht, daß unser Kol-  
lege, der Ledierer  
**Bernhardt Freier**  
Schöneberg, Behnstr. 43,  
am 20. d. Mts. gestorben ist.  
Ihre Ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

**Heute Sonnabend, den 4. Juni**  
findet bei eintretender Dunkelheit (9 Uhr) ein

**Riesen-Feuerwerk im Stadion**  
statt.  
**Der Ausbruch des Vesuv** - **Untergang von Pompeji**  
Front von 40 Meter Länge, 5000 Lichter und 50 Bomben  
Ausführung vom Pyrotechniker **C. Amrhein, Hannover-Brink**

**Beginn 7 1/2 Uhr** **Großes Militärkonzert** **Beginn 7 1/2 Uhr**  
Vorverkauf an allen Theaterkassen von A. Wertheim. Preise der Plätze einschließlich Steuern:  
Oberer Stehplatz 10.-, Sitzplatz u. Wandelgang 20.-, Logenplatz 30.-, Kassenöffnung 6 Uhr

**Kleide Dich billig, elegant!**  
im Leihhaus Moritzplatz 58a

**Jacken Anzüge, Curaways, Uster**  
teils auf Seide, früher bis 1200 Mk. Jetzt  
für 400-500 Mk. Ferner Damen-  
Kostüme, Mäntel, enorm billig!  
Nach beendetem Saison 50% herab-  
gesetzt. Kreuzfäden, Zobel-, Blau-,  
Weiß-, Silberfäden. Kein Lombardwaren.

**Kreuzer-Sonate**  
von Leo Tolstoi  
104 Seiten Mk. 1.50  
Buchhandlung Freiheit  
Breite Straße 8-9

**Darlehne und Kredit**  
Auf Gegenleistung  
Einkauf und Rest frei  
Zinsfrei, verb. vergütet.  
Allg. Verwertungsgesellschaft  
Chemnitz, Rundenstraße 3.

**Altmetalle**  
Zinn, Lagermetalle  
Gerlach & Voigt  
Potsdamer Str. 13-14. Tel. 12623

**Alt-Metalle**  
verkauft man nur richtig  
Vorpoststraße 1

**Homöopath.**  
Institut Meissner  
Mittelstr. 25 am Bahnhof  
Hauw.-Horn-Geschlechts- u.  
Frauenleiden, unheilbar, ohne  
Opf. veralt. Fälle b. Kinder,  
sch. u. schwerster Behand. ohne  
Zurückführung. Auskunft kostenfrei.  
Horn- u. Blutuntersuchung  
10-1, 5-5, Dammstr. u. Higd. 11-12.

**Neue Haare**  
wachsen schon wieder

Die Haarkraftwässer wirken  
Wunder auch imallgemein  
Einreden. Frau D. ...  
Canst. H. ... So über ihu-  
lich lauten viele andere Aus-  
sagen über Reichels  
Haarkraftwässer „Reel“.  
10. 11. - und 17.  
Otto Reichel, Berlin 46,  
50, Eisenbahnstraße 4.

**Nur 1 X**

Hi und dieht unsere Denie, Schuhe und Stiefel in verschiedenen Leberarten,  
Eich, schwarz und farblich, sehr hochwertig erhaltene Fabrikate für Damen,  
Herren und Kinder zu unerbittlich billigen Preisen zum Verkauf  
zu bringen. Ein Besuch bei uns, ohne jeden Kaufzwang, wird Sie davon über-  
zeugen, mit Vorteilhaft, zu reich konkurrenzlos feinsten billigen Preisen  
Sie bei uns kaufen. Wir bitten Sie gut und recht, damit Sie unser dauerhafter  
Kunde bleiben. - Für einige Beispiele wollen wir hier anführen, alles anzuführen  
ist unmöglich. Sie sollen nur unsere unübertroffene Leistungsfähigkeit sehen:

**Damen-Schnürschuh Chroml. .... 59<sup>50</sup>**

**Damen**

**Grü Chereu** und Chroml. 1 und 2 Spang. **88<sup>50</sup>**  
Goldfäden, moderne Form

**Weiß-Leinen** Schür- und Spange, ver- **sehr billig!**  
schied. Musf. ....

**Braun** Schür- und Spange, moderne Form. **135<sup>00</sup>**

**Braun-Rasbleder** 1 Sch. entkül., moderne **168<sup>50</sup>**  
Form ..... 185.00

**Grü Chereu** Hochschäft mit Ledersp. mod. **168<sup>50</sup>**  
Form .....

**Braun**  
**Spangenschuh**  
moderne Form

**98<sup>50</sup>**

**Damen-  
1-Spang-  
Chroml.  
u. Kreuz-Sp.  
R.-Cher-  
Led**

**59<sup>50</sup>**

**Ganz-Lad-Schnürschuhe** mit feinen Schnürschleim,  
feiten günstige Ge- **98<sup>50</sup>**  
legenheit, moderne Form .....

**Herren**

**Schnürstiefel** schwarz, gute träftige Leder aus- **98<sup>00</sup>**  
führung ..... 168.50, 115.00

**Braune Schnürstiefel** echf R.-Dox, moderne **195<sup>00</sup>**  
breite Form .....

**Halbschuhe** braun und schwarz, **sehr billig!**  
elegante Formen .....

**Anabenstiefel** gute, träftige Leder aus- **78<sup>50</sup>**  
führung .....

**Kinderstiefel** gute und haltbare Leder aus- **66<sup>50</sup>**  
führung 31/35 **69.50** ..... 27/30

**Weiß-Leinen** R.-Schnürf. u. Spangensch. **sehr billig!**

**Turnschuhe, Tennisschuhe** weiß und grau, in Leinenstoff **sehr billig!**  
Ledersohle und Chromleder, vorzügliche Qualität .....

**Engros-Etage**

**Bernada**

**Kronenstraße 32, 1 Treppe**  
an der Jerusalem Straße  
Untergrundbahn, Hausvogtelplatz, auch Durchg. Leipziger Straße 82, vis-à-vis Tia

**Weitere Verkaufsstellen:**

**5, Kottbuser Damm 9  
N, Müllerstraße 143a  
Ecke Ostender Straße  
Friedenau, Rheinstraße 35  
Neukölln, Berliner Straße 50**

**Großer Preis-Nachlaß!** Damenbinden,  
Tage, 3, 4, 6, 8, 10,  
maße, 300 Stk., 300 Stk., 300 Stk.,  
Verbandstoffe, 100 g 2 Stk., 200 g 2 Stk.,  
Zude 50 Stk., 150. Zahnpasta Tube 1 Stk.,  
Niederthermometer 4, 8, 6 Stk., 200 Stk.,  
20, 50 Stk., mafferlichte Unterlagen für  
Kinder 3 Stk., für Größe 12 Stk., Wasserzettelpapier 100 Stk.,  
2,20 Stk., Kleintierpapier 100 Stk., 2,20 Stk., alle hygie-  
nischen Artikel, Hausmittel. 30. Ufer gr. u. fr. A. Mann  
& Co., Berlin, Markgrafstr. 34 an d. Lindenstr. Geg. 1900.

**Gold-, Silber-, Platin-**  
Sachen, Gebisse, Zähne, Münzen, Quecksilber  
kaufen zum reell. n Preise

**Wir schlagen jeden Rekord!**  
**Ratzlaff & Zimmer**  
Lindenstraße 93

**Wo gibt die billigsten Seifen**

bei Seifenschnaider,  
Pücklerstraße 44.

**Kehe zurück**  
zu guter Friedensgarde. Sie werden sich  
**alles vergeben**

nur nicht, wenn Sie unterlassen, vor Neuanstellung bei  
**Wallach & Schubert, C 2, Breite Straße 6,**  
auf links, vorzusprechen. Dort kaufen auch Prosate:

Seife	Nach Maß konfektioniert	Sam Mehlschneide
Anzüge 350-550	600-800	800-1200
Schlüßler 485	575	600-800

aus nur solchen Stoffen in heller, moderner Ausführung.  
Telephon: Zentrum 8300.

**Partei sekretär**  
für die USPD in Anhalt I u. II

zum 1. Juli gesucht. Tüchtige Kraft, organisatorisch  
und rednerisch befähigt. Fernerungen unter An-  
gabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiter-  
bewegung, der Dauer der Mitgliedschaft und der  
Geburtsdaten sind bis 15. Juni zu richten an  
**Wilhelm Peters, Magdeburg, Ratscherstraße 14**

**Botenfrauen** Exped. Johannisstr. 9  
(Ecke Artillerieplatz)

**Gute billige Bücher**  
für  
**Reise und Sommerfrische**

**Die Geheimnisse der Prinzessin Cadignan**  
Von Honoré de Balzac ..... Preis 1.50 Mk.

**Abfaloms Haar**  
Von Wladimir Wladimirov ..... Preis 1.50 Mk.

**Der Hochwald**  
Von Wolbert Stiller ..... Preis 1.50 Mk.

**Der Schimmelreiter**  
Von Theodor Storm ..... Preis 1.50 Mk.

**Immensee**  
Von Theodor Storm ..... Preis 1.50 Mk.

**Briefwechsel zwischen Schiller und Lotte**  
gebunden 8.- Mk.

**Briefwechsel zwischen Schiller und Goethe**  
gebunden 8.- Mk.

**Weiße Nächte**  
Von Dostojewski ..... Preis 1.50 Mk.

**Ueber See und Heide**  
Von Paul John ..... gebunden 8.- Mk.

**Der Krötenreich**  
Von Konrad Volz ..... gebunden 8.- Mk.

**Der Weg zum Haß**  
Von Konrad Volz ..... gebunden 11.- Mk.

**Buchhandlung „Freiheit“**  
Berlin C 2 / Breite Straße 8-9.

**Ausschneiden!**

Unterhalb Grob-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete, bestellt hiermit vom  
1 Exemplar der **zwei mal** täglich erscheinenden Zeitung  
„**Freiheit**“  
Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands  
mit der wöchentlich einmal erscheinenden  
illustrierten Unterhaltungsbeilage „Freie Welt“  
zum Preise von Mk. 10. - monatlich, Mk. 5. - halbjährlich,  
bei freier Zustellung ins Haus

Name: \_\_\_\_\_

Str.: \_\_\_\_\_

(Wannern haustisch schreiben, Adresse genau anzugeben: wern, Post, Berlin, Dammstr.)

Dieses Befehlsschein bitten wie an die Hauptexpedition, Berlin C 2,  
Breite Straße 8-9, einzulösen.

Der Verlag.

### Groß-Berlin

#### Die öffentlichen Anlagen

Der Betriebsrat der städtischen Parkverwaltung schreibt uns: Von den Mitteln, die der Parkverwaltung für die Erhaltung der zurzeit bestehenden Anlagen in dem von ihr aufgestellten Etat notwendig sind, sollen mehr als zwei Fünftel gestrichen werden. Das würde bedeuten, daß ungefähr 66 öffentliche Plätze im Stadtinnern dem gänzl. Verfall preisgegeben werden müßten. Des weiteren wäre es unmöglich, die Straßenalleen so zu bearbeiten, wie es notwendig wäre, die Bäume zu erhalten. Außerdem müßten die Betriebseinrichtungen (Gärtnereien und Baumschulen), die in erster Linie bisher dazu dienen, das nötige Pflanzenmaterial heranzuziehen, stillgelegt werden. Damit aber nicht genug, auch die größeren Parks, als da sind der Schillerpark, Humboldt-Hain, Friedrichshain, Kreuzberg und Treptower Park, müßten in der Betreuung ganz erheblich leiden.

Was bedeutet dieses für eine Großstadt? Die im Innern der Stadt gelegenen Plätze würden keine Erholungsstätten, sondern das Gegenteil von dem, Staubentwälder, sein. Die Folgen wären besonders in der heißen und trockenen Zeit, daß die Geschäftsleute und deren ausgelegte Waren darunter Schäden leiden müßten. Aber der weit höhere Wert dieser Plätze ist die Erholungsstätte und somit Förderer der Volksgesundheit. Alle alten, neuen und kranken Leute sowie die Arbeiterfamilien und Arbeitslosen, die einerseits durch die Überfüllung, andererseits durch die damit verbundenen Unkosten der Verkehrsmittel, nur auf diesen Plätzen ihre Erholung suchen, würden am meisten unter diesen Maßnahmen zu leiden haben.

Unsere Genossen in der Stadtverordnetenversammlung müssen darum ihren ganzen Einfluß beim Magistrat geltend machen, daß die Mittel, welche notwendig sind, das Bestehende zu erhalten, bereitgestellt werden.

#### Erwerbslosenfürsorge im April

Im Monat April ist eine weitere Zunahme der Berliner Erwerbslosen zu verzeichnen. Von 69 000 am Ende des Vormonats hat sie sich im Laufe des April auf rund 72 500 erhöht. (Davon 36 600 männl. und rund 15 900 weibliche.) Gegenüber einem Abgang von rund 10 500 betrug der Zugang rund 14 000 (davon 10 800 männl. und 3 200 weibliche). Es schied aus: infolge Arbeitsaufnahme 7835, Arbeitsverweigerung 14, Fernbleiben von den Geschäftsstellen 1238, Ablebens 27, Verheiratung 19, Abwanderung 90, aus sonstigen Gründen 1157. Von den 72 500 Erwerbslosen waren rund 32 200 organisiert.

Es befanden sich im Alter: männliche zwischen 16 und 18 Jahren 1309, zwischen 18 und 21 Jahren 6883, über 21 Jahre 45 344 (davon verheiratet 38 396). Weibliche zwischen 16 und 18 Jahren 374, zwischen 18 und 21 Jahren 1318, über 21 Jahre 14 185 (davon verheiratet 3891, vermittelte 5010). Seit Mai 1920 und länger waren ausgangs April noch 1468 männliche und 57 weibliche erwerbslos. Die Statistik für die Einzelgemeinde Berlin liegt noch nicht vor.

#### Für den Sechs-Uhr-Ladenschluß

Auch im sozialpolitischen Ausschuh des Reichswirtschaftsrats wurde gegen die Einführung des früheren Ladenschlusses Sturm gelaufen. Die Arbeitgeberseite behauptete, ein früherer Schluß würde empfindlich auf den Geschäftsgang einwirken und einen Rückgang der Einnahmen zur Folge haben. Der Antrag, der die Bahn für den Sechs-Uhr-Ladenschluß freimachen soll, wurde aber trotzdem mit einer kleinen Aenderung in folgender Fassung mit 15 gegen 8 Stimmen (gegen die Stimmen der Arbeitgeber) angenommen: „Der Sozialpolitische Ausschuh wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, auf schnellstem Wege durch eine entsprechende Aenderung der Bestimmungen des § 139 f der Reichsgewerbeordnung den Gemeinden die Möglichkeit zu geben nach Anhörung der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch ordnungsgemäße Vorschriften einen früheren als den Sechs-Uhr-Ladenschluß herbeiführen zu können.“

#### Liebeswahnsinn

Eine tragikomische Liebesgeschichte kam gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zur Verhandlung. Frä. v. S., die Tochter eines sehr reichen, inzwischen verstorbenen russischen Fabrikanten, verfolgte seit längerer Zeit einen hiesigen Schauspieler mit ihren Liebeswerbungen. Sie hatte früher, obwohl er verheiratet war, sich in ihn verarzt verliebt, daß sie trotz dieser Umstände ihm ihre Stellung und Ehre geopfert und sich mit ihm

auf Reisen begeben hatte. Später war er ihrer überdrüssig geworden und hatte das Verhältnis gelöst. Frä. v. S. aber wollte nicht von ihm lassen; sie reiste ihm nach, wenn er außerhalb ein Engagement angenommen hatte, telephoniert an ihn, schrieb auch wiederholt an seine Frau und bedrohte ihn schließlich mit dem Tode. Zu einer ganz besonders wilden Szene kam es eines Abends im Thalia-Theater, wo der Schauspieler in einer größeren Rolle auftrat. Die Angeklagte hatte sich 1900 Eintrittskarten für diese Vorstellung gekauft und sie an Bekannte und allerlei sonstige Personen verteilt mit dem Auftrage, einen Heidenlärm zu machen, wenn der Verurteilte aufträte. Sie selbst wohnte der Vorstellung in einer Loge bei, und als der erwartete Lärm ausblieb, erhob sie sich, regalierte den Schauspieler mit drastischen Schimpfworten und warf nach ihm, der einen funkelnden neuen Frack anhatte, die berühmten und berühmten faulen Eier. Das war dem also Betroffenen denn doch zu bunt, er stellte Strafantrag, und Frä. v. S. hatte sich vor dem Schöffengericht zu verantworten. Auf Antrag des Justizrats Dr. Werthauer und Dr. Pröll war der Medizinalrat Dr. Störmer zu hören; er erklärte, daß bei der Dame ein derartiger Liebeswahnsinn vorherrsche, daß sie für ihre Tat nicht verantwortlich sei. Infolgedessen erfolgte die Freisprechung der Angeklagten. Der „Bielgeliebte“ hofft, nun endgültig Ruhe vor ihr zu haben.

#### Ein Zopfabsteiger vor Gericht

Der bekannte Fall des Zopfabsteigers, Diplomingenieurs Robert St. beschäftigte gestern das Schöffengericht Charlottenburg. Wie seinerzeit mitgeteilt, hatte der Angeklagte in einer ganzen Anzahl von Fällen Attentate auf junge Mädchen ausgeführt, indem er ihnen die Zöpfe oder Haarsträhnen abschnitt und in seinem Zimmer verwahrte. Wegen derartiger Verfehlungen war St. schon wiederholt angeklagt und wurde stets auf Grund des § 51 freigesprochen. In den jetzt zur Anklage stehenden Fällen hatte der Angeklagte nicht nur Mädchenköpfe, sondern auch Handtaschen mit Taschentüchern, Portemonnaies mit Inhalt usw. entwendet. Vor Gericht erklärte er, daß er dies unter der Zwangsvorstellung getan habe, daß er dem uneligen Gang des Zopfabsteigens dadurch begegnen müsse, daß er sich auf irgendeine Art und Weise in den Besitz von Sachen leute, die ihn an die bestohlenen weiblichen Wesen erinnern. Die von Rechtsanwalt Dr. Theod. Ahrens geladenen Sachverständigen, San.-Rat Dr. Friedrich Peppmann und Dr. Cronfeld gaben übereinstimmend ihre Gutachten dahin ab, daß der Angeklagte ein unglücklich veranlagter Mensch sei, bei dem hinsichtlich des Zopfabsteigens und der Entwendung der anderen Gegenstände die Voraussetzungen des § 51 als vorliegend zu erachten seien. Dagegen vermochten die Sachverständigen nicht zu erklären, warum der Angeklagte das in den Geldbörsen vorhandene Geld verbraucht habe. — Das Gericht erkannte wegen der Diebstähle auf Freisprechung und verurteilte den Angeklagten unter Zustimmung mildernder Umstände nur wegen Unterschlagung zu 300 Mark Geldstrafe.

**4. Verwaltungsbezirk.** Bezirksversammlung. Der zur Disposition gestellte Wohnungsinспекtor Hartmann, gegen dessen eventuelle Wiedereinstellung die vorhergehende Versammlung der Bezirksverordneten Betwahrung eingelegt hatte, soll nicht wieder eingestellt werden. Die Versammlung hat sechs Verwaltungsdeputationen eingeleitet. Die Verwaltungsbezirke sollen in Zukunft nicht mehr nach Zahlen benannt werden, sondern Namen führen. Die Versammlung entschied sich auf Vorschlag unserer Genossen für die Bezeichnung: **Preussener Berg.** Genosse Jachert begründete einen Dringlichkeitsantrag, in der Badeanstalt Oberberger Straße den gesamten Betrieb einschließlich des Schwimmbades wieder voll auszuheben. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**Verwaltungsbezirk 7, Charlottenburg.** Die bürgerliche Mehrheit samt ihrem Bürgermeister will noch immer nicht begreifen, daß es nicht mehr wie recht und billig ist, wenn sie bei der großen Finanznot in erster Linie ihren Bedarf einschränken muß und auch kann, weil sie ja die letzten Jahre hinter sich hat, in denen ihre steuerpflichtigen Bürger aus der Arbeitskraft des Groß-Berliner Proletariats die reichlichen Profite einheimste. Das Klagegeld des Bürgermeisters Scholz über die Brutalität des Magistrats Berlin hat daher wenig Berechtigung. Genosse Löwenstein zeigte dem Bürgermeister an vielen Beispielen recht deutlich, daß Charlottenburg bei der Aufstellung seines Etats, wie bisher, die soziale Einstellung vermissen ließ und noch eine ganze Menge überflüssiger Ausgaben, an denen viele Tausende gespart werden könnten, aufweist. Wir Unabhängigen sind keineswegs dafür, daß an den Sozialausgaben gespart würde, wenn wir auch der Meinung sind, daß unbeschadet der sozialen Nützlichkeit in den bürgerlichen Einrichtungen des Wohlfahrts-, des Schul- und Erziehungswesens gar manches billiger eingerichtet werden könnte. Der Erhöhung der Besoldungs-

läge für Schul- und Fürsorgeärzte nach Berliner Muster wurde zugestimmt. Schließlich wurde noch einem Bureauerweiterungsbau zugestimmt, um auf diesem Wege bisher belegte Wohnungen wieder frei zu bekommen. Die Wiedervermietung des Rathauskellers wurde gegen den Widerspruch der U. S. V. D. genehmigt.

**Verlängerung der Polizeistunde.** In einem Erlass des preussischen Ministeriums des Innern an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin wird der Erlass vom 20. Oktober 1920 über die Verlängerung der Polizeistunde aufgehoben. Die Regierungspräsidenten und der Polizeipräsident von Berlin werden ermächtigt, je nach dem Bedürfnis die Polizeistunde im Rahmen der Bundesratsverordnung vom 11. November 1916 bis zur Höchstgrenze von 11 1/2 Uhr festzusetzen und zwar für die Sommermonate, d. h. bis zum 15. Oktober d. J. Die Bekanntgabe dieses bereits unter dem 19. Mai ergangenen Erlasses hatte sich infolge ungünstiger Rückwirkungen der oberhöchlichen Wirren und des Ausstandes im Waldenburger Kender auf die Kohlenversorgung der Städte verzögert.

**Als Kuchen und Torten** gelten nach Mitteilung des Magistrats alle Backwaren, zu deren Bereitung mehr als 10 Gewichtsteile Zucker auf 90 Gewichtsteile Mehl oder mehrlartige Stoffe verwendet werden. Als Zucker im Sinne des Abs. 1 gelten die im § 7 Abs. 2 Satz 1 der Reichsverordnung über die Bereitung von Kuchen vom 11. März 1921 (Reichs-Gesetzbl. S. 226) aufgeführten Erzeugnisse. Für die Bereitung von Kuchen und Tortenmasse in gewerblichen Betrieben sind die Bestimmungen der Reichsverordnung über die Bereitung von Kuchen vom 11. März 1921 (Reichs-Gesetzbl. S. 226) maßgebend. Nichthersteller von Kuchen und Torten, sowie Betriebe, die vom Magistrat nicht mit Mehl beliefert werden, dürfen Kuchen und Torten zum Weiterverkauf von nur einem Hersteller beziehen, und zwar von einem solchen, der vom Magistrat mit Mehl beliefert wird. Sie dürfen Kuchen und Torten nur dann abgeben, wenn sich in ihren Geschäftsräumen an deutlich sichtbarer Stelle ein vom Magistrat Berlin abgestempelter Aushang befindet, in welchem der Lieferer des Mehls oder der Torten mit Namen und Adresse angegeben ist.

**Aufwendungen für den Bau von Kleinwohnungen** sind ein- kommensteuerfrei. In vielen Kreisen ist noch wenig bekannt, daß nach der Novelle zum Einkommensteuergesetz vom 24. März 1921 (Reichs-Gesetzbl. S. 313) die Beträge, die zur Errichtung von Kleinwohnungen verausgabt werden, von dem Steuerpflichtigen bei Ermittlung des steuerbaren Einkommens in ihrem ganzen Umfang in Abzug gebracht werden dürfen. Hierunter fallen alle Ausgaben für den Neubau eigener Kleinwohnungen in den Jahren von 1920 bis 1923, sofern die Verwendung der Bauten als Kleinwohnungen mindestens 15 Jahre lang gesichert ist, und alle Beträge, die der Steuerpflichtige in den Jahren 1920 bis 1923 gemeinnützigen Vereinigungen und Gesellschaften zuzwendet, die ausschließlich die Förderung des Kleinwohnungsbaues bezwecken.

**Ein äußerst gefährliches Großfeuer** wüthete in der Donnerstagnacht gegen 4 Uhr in Moabit in der Embener Str. 49 an der Waldener Straße. Dort waren im Quergebäude des Hauses in den ausgebehten Kellerräumen Brennholzlagern in Brand geraten. Es wurde sofort Retteffuer an alle Berliner Wachen gemeldet. Die Hitze war durch den Qualm unerträglich geworden, und aus vielen Fenstern ertönten laute Hilferufe. Den bedrohten Bewohnern des ersten Stockwerkes kam man mit Leitern zu Hilfe und schaffte sie aus den Wohnungen. Um bis zum Brandherd vordringen zu können, wurden gedogene Strahlrohre benutzt, die das Wasser um die Ecke spritzen können. Bei der Rettungsaktion erlitt ein Feuerwehmann einen Unfall, als er ohne Rauchschutzmaste den Treppentur hinaufsteigte. Er verlor die Besinnung, stürzte die Treppe hinab und wurde verletzt ins Krankenhaus geschafft. Erst um die siebente Morgenstunde war die Hauptgefahr beseitigt, und die Wehr konnte abdrücken.

Freitag vormittag wurde die Feuerweh nach der Baugrube der Nord-Süd-Bahn an der Unterführung des Landwehrkanals alarmiert. Aus bisher noch nicht bekannter Ursache, wahrscheinlich infolge Kurzschlusses, waren hier die quer über die Baugrube führenden Kabel der städtischen Elektrizitätswerke in Brand geraten. Dem sofortigen Eingreifen der Wasserschafften gelang es, den Kabelbrand durch Aufwerfen von Sand in verhältnismäßig kurzer Zeit zu löschen.

**Eine etwas dunkle Falschmünzergasse** bildet den Gegenstand einer Anklage vor dem Schöffengericht des Landgerichts 1. Angeklagt waren der Händler Paul Czerny und die Fabrikanten Gustav und Wilhelm Hörner. Grenz war bei der Verurteilung eines falschen Fünfzigmark Scheines verhaftet worden und behauptete, diesen von den beiden Hörner zur Verurteilung erhalten zu haben. Letztere wurden verhaftet, nachdem man in ihrer Geschäftskasse neben anderen Fünfzigmark Scheinen auch einen aus der gleichen Falschmünzfabrik anscheinend stammenden falschen

## Hundert Prozent

### Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Hermann Jan Müller

Copyright by Der Welt-Verlag Berlin-Galesen 1921

(W. Fortsetzung.) (Hochdruck verboten.)

Dies waren vielleicht grausame Methoden, doch konnte man sie nicht vermeiden, denn die Roten waren allzu listig. Sie untergruben im geheimen die Regierung; sollte die Regierung etwa stillhalten und ihre Ohnmacht zugeben? Von Hügeln und Bergen, aus Ebenen und Hainen und auch aus Redaktionen kam donnernd die Antwort des hundertprozentigen Amerikaners: „Nein!“ Der hundertprozentige Amerikanismus wird Mittel und Wege finden, um sich vor den Sophismen des europäischen Bolschewismus zu schützen. Der hundertprozentige Amerikanismus hatte den Spruch geprägt: „Gefällt es den Leuten hier nicht, so sollen sie dorthin zurückgehen, woher sie gekommen sind.“ Die Leute aber, die in ihrem Innersten fühlten, Amerika sei ja doch das beste Land der Welt, wollten nicht zurückgehen und mußten deshalb dazu gezwungen werden.

Dies war Peters Lebenszweck, und seine treue Gattin stand ihm zur Seite, trieb ihn mit weiblicher Anerkennung an. Gladys hatte diese Art Leute stets „Bieh“ genannt, nun, da sie entdeckte, wie sie rochen, wenn sie wochenlang zusammengepfercht lebten, erkannte sie, sie habe immer recht gehabt, für diese Menschen könne kein Los zu hart sein. Mit Peters Hilfe gelang es ihr, eine neue Bombenverschönerung zu entdecken, die sich gegen den Staatsanwalt, der die Razzias leitete, richtete. Vier italienische Anarchisten wurden verhaftet, zwei Monate lang in Einzelhaft gehalten, und Peter bemühte sich unentwegt um sie. Da er glaubte, seinem Ziel endlich nahe gekommen zu sein, wurde ihm alles dadurch vereitelt, daß einer der vier aus dem Fenster sprang. Da sich das Zimmer im vierzehnten Stock befand, konnte dieser italienische Anarchist nicht mehr wider sich selbst Zeugnis ablegen. Dieser Vorfall brachte die Salon-Bolschewiki des ganzen Landes zum Rasen. David Andrews veranlaßte eine zeitliche unangenehme Beschäftigung ausgelegt.

Doch ging die Arbeit weiter, die Roten wurden allmählich „Jortiert“, jene, die keine echten Roten waren, wurden wieder

freigelassen, die anderen in Spezialzügen nach einer Hafenstadt gebracht. Etliche ließen alles grimmig schweigend geschehen, andere flüchten wild, manche weinten und sagten, denn sie hatten ihre Familie in Amerika und wagten nicht, die Regierung zu bitten, ihre Familie mit ihnen zu verschiffen oder sich um sie zu kümmern. Die Regierung erkannte natürlich eine derartige Verantwortung nicht an. Die Roten hatten genügend Geld, um Hefeliteratur drucken zu lassen, mochten sie es doch dazu verwenden, ihre eigenen Leute zu versorgen.

Selbstverständlich traf Peter auch bisweilen mit Roten zusammen, die früher seine vertrauten Freunde gewesen waren. Peter hatte sich ein derartiges Zusammentreffen häufig vorgestellt und bei dem bloßen Gedanken gezittert, nun jedoch entdeckte er, daß es ihn eigentlich belustigte. Die Angst vor den Roten, die ihm früher Appetit und Schlaf geraubt hatte, war gänzlich geschwunden. Hatte er doch erfahren, daß die Roten arme Geschöpfe waren, die nicht die Schläge erwiderten, keine Waffen besaßen — viele von ihnen hatten nicht einmal Muskeln —, sie verfügten bloß über Worte. Und Peter wußte genau, hinter ihm stehe die ganze Macht der organisierten Gesellschaft, Polizei, Gerichte, Gefängnisse, wenn nötig, sogar das Heer mit Maschinen-gewehren, Aeroplanen und Gasbomben. Es war gänzlich ungefährlich, die Roten zu prügeln, zu quälen, ihnen Schwindelverschwörungen anzuhängen, die Zeitungen standen immer auf Peters Seite, und natürlich glaubte das Publikum das, was es in den Zeitungen las.

Nein, Peter fürchtete die Roten nicht mehr. Fürchtete nicht einmal mehr Mac, den allergährlichsten Roten. Mac war für zwanzig Jahre sicher im Kerker untergebracht, und obgleich Verurteilung eingelegt worden war, hatte sich das Gericht geweigert, ihn gegen eine Kaution freizulassen. Zufällig gelang es Peter, etwas über Macs Stimmung im Kerker zu erfahren, und er erkannte, selbst dieser grimmige stolze Geist sei am Zusammenbrechen. Mac hatte aus dem Gefängnis einem der Genossen in American-City geschrieben, die Post hatte den Brief aufgefangen und Guffey das Schreiben Peter gezeigt. „Schreibt uns“, hat Mac. „Um Gotteswillen, schreibt uns. Die ärgste Qual im Gefängnis ist das Gefühl, daß man völlig vergessen worden ist. Laßt uns wenigstens wissen, daß jemand an uns denkt.“

Dieser Brief bewies Peter, daß er der Sieger sei. Kam er nun mit den Roten, die er so sehr gefürchtet hatte, zusammen, so belustigte es ihn, sie die Macht seiner Autorität

und manchmal auch seiner Faust fühlen zu lassen. Auch machte ihm ihr Verhalten ihm gegenüber Spaß. Etliche ließen ihn an, erinnerten ihn an alte Zeiten, andere demütigten sich, wieder andere versuchten, an sein Gewissen zu appellieren. Meist jedoch benahmen sie sich äußerst höhnlich, warfen ihm häßlichste Blicke zu oder schauten ihn voll höhnischer Verachtung an. Dann gebot Peter seinen Leuten, auf die Manieren der Gefangenen einzuwirken, und ein wenig Daumendrehen und Gelenkverdrehen hatte meist die gewünschte Wirkung.

Unter den ersten Gefangenen, die in Peters Bureau gebracht wurden, befand sich Miriam Jankowitsch. Miriam war in die kommunistische Partei eingetreten, außerdem war sie in Rußland geboren, also war ihr Fall ganz klar. Peter wußte, Miriam habe Rosie Stern auf ihn gehegt und derart seinen Sturz verschuldet, dennoch bewegte ihn ihr Anblick. Sie schaute alt und abgeghärt aus, hustete, ihre Augen waren wild und verrückt. Peter entfiel sich ihrer als höhnlich und heftig — nun war ihr Stolz geschwunden, sie warf sich vor ihm auf die Knie, verkrampfte die Finger in seinem Rod, schluchzte hysterisch. Sie hatte eine Mutter und fünf jüngere Brüder, die alle von ihr erhalten wurden. Ihre Eriparnisse waren durch Krankheit ausgezehrt worden, jetzt sollte sie nach Rußland deportiert werden. Was würde mit den Ihren geschehen?

Peter erwiderte, er könne nichts tun. Sie habe das Gesetz übertreten, ihre Mitgliedskarte der kommunistischen Partei sei gefunden worden, außerdem habe sie zugegeben, daß sie in Rußland geboren worden sei. Er versuchte, sich frei zu machen, aber sie klammerte sich an ihn, schluchzte, weinte. Wenigstens möge man ihr gestatten, ihre alte Mutter zu sehen, mit ihr zu beraten, was die Familie tun solle, bei wem sie Unterstützung finden, wie sie in Zukunft mit Miriam in Verbindung bleiben könne. Man schickte sie fort, ohne ihr zu erlauben, ein einziges Wort mit ihren Lieben zu wechseln, ja, ohne daß sie sich mit Kleidung versorgen konnte.

Peter war, wie wir wissen, Frauen gegenüber immer weichherzig gewesen, auch jetzt fühlte er sich befangen. Er befolgte diesem Herdenvieh gegenüber bloß die Befehle seiner Vorgesetzten, konnte keine Ausnahme gestatten. Dies wiederholte er Miriam immer wieder und wieder. Aber sie wollte ihn nicht anhören. Bitte, Peter, bitte. Um Gotteswillen, Peter. Sie wissen, Peter, Sie waren einst ein wenig in mich verliebt, Peter, sagten es mir...

(Fortsetzung folgt.)

Schein gefunden hatte. Vor Gericht bestritten die Angeklagten Hörner, mit Granzig irgend etwas zu tun haben und behaupteten, dieser beschuldige sie nur aus Rache. Vom R. A. Dr. Kurt Pincus wurde unter Beweis gestellt, daß Granzig eine ziemlich dunkle und völlig unglaubwürdige Persönlichkeit sei. So wurde u. a. festgestellt, daß sich G. dem l. J. verurteilten Justizrat K. angeboten hatte, gegen Bezahlung dessen Strafe zu zahlen. — Das Gericht verurteilt auf Grund des Spruches der Geschworenen den Granzig, dem auf Antrag des R. A. G. z. o. h. u. j. mildernde Umstände gebilligt wurden, zu 9 Monaten Gefängnis, sprach dagegen die Angeklagten Hörner frei.

Zwei Einbrecher niedergeschossen. In der vergangenen Nacht gegen 1 1/2 Uhr überraschte ein Beamter der Schutzpolizei zwei Männer bei einem Einbruch im Hause Breslauer Str. 13. Auf keine Aufforderung, stehenbleiben und ihm zu folgen, griffen ihn die beiden Burichen sofort an und schlugen mit ihren Einbruchswerkzeugen auf ihn ein. In der Notwehr machte der Beamte von seiner Schusswaffe Gebrauch und stredte beide durch zwei Schüsse nieder. Sie wurden schwerverletzt nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht und hier als der Arbeiter Felix Wuhlmann aus der Fruchtstr. 21 und der Arbeiter Emil Holke aus der Kl. Andreasstr. 17, festgestellt. Diese Darstellung, die von der Polizei verifiziert wird, erfährt hoffentlich eine genaue Nachprüfung, denn uns scheint es, daß den Beamten der Schupo die Waffe sehr lose sitzt und wiederholt unbegründet Menschenleben lebensfähig vernichtet werden.

Wie man Diebe entwischt läßt, zeigt folgender Vorgang: Am Donnerstag war beim Mieterverband, Gruppe Rosenthaler Vorstadt, eingebrochen und dabei Aktien und Geld geraubt worden. Der bestellte Geschäftsführer meldete das sofort der zuständigen Kriminalpolizei, Revier 10. Trotzdem machte diese keinerlei Anstalt, den Tatbestand aufzunehmen und keine Versuche zur Wiederherstellung des gestohlenen Gutes. Man verschanzte sich hinter angeblicher Anzuchtlosigkeit. Ein Kriminalbeamter der Wache Wörther Straße erklärte, daß er sich hüten würde, dort Untersuchungen anzustellen, da er nicht die Absicht habe, sich und seine Familie zu opfern. Wir hoffen, daß der Polizeipräsident den Vorfall untersucht und sich dieser tüchtigen Beamten annimmt.

Ein geriebener Zigarrenschwindler, der seit zwei Monaten in Groß-Berlin sein Unwesen trieb, wurde gestern endlich von der Kriminalpolizei unerschütterlich gemacht. In großen Betrieben, deren Inhaber gerade abwesend war, erschlen ein Mann mit einem Koffer Zigarren, den er angeblich für den Chef abliefern sollte. Die sorgfältig verpackten Kistchen waren mit Steuerbanderolen versehen, nach denen die Zigarren 3 oder 5 M. das Stück kosten mußten. Die Angestellten nahmen die Sendung für den Chef gern in Empfang und legten stets den Betrag der Rechnung aus. Später ergab sich, daß der Chef gar keine Zigarren bestellt hatte und daß die ohne sein Wissen gelieferten nicht drei oder fünf Mark, sondern nur 50 Pf. wert waren. Für diesen Preis hatte der Schwindler sie in einem Laden gekauft. Dann hatte er den Preis für die Steuerbanderolen draufgelegt und dabei immer noch ein glänzendes Geschäft gemacht.

## Gewerkschaftliches

### Junker-Methoden

Wie sich die Agrarier es angelegen sein lassen, Gesetze Missbräuchlich zu machen, die Arbeiter einzuschüchtern, daß sie von ihren auf Grund des Betriebsratsgesetzes zugewiesenen Rechten Abstand nehmen sollen, erfahren wir an einem krassen Beispiel aus Kiel, das unser dortiges Bruderblatt, die „Republik“, veröffentlicht.

Vor kurzem fand in Ederndörbe eine Konferenz der landwirtschaftlichen Arbeitgeber statt, an der ein juristischer Beirat aus Kiel teilgenommen haben soll. Zweck der Konferenz war, das Verhalten der Gutsbesitzer den Betriebsräten und Funktionären der Organisation gegenüber in bestimmter Form festzulegen. Von dem juristischen Berater wurde den Gutsbesitzern empfohlen, die Mitglieder der Betriebsräte beim Vorkommen geringfügiger Verstöße sofort zu entlassen und zwar ohne Kündigung. Es würde sich empfehlen, die Entlassenen zunächst in den Gutswohnungen zu belassen, da die Macht der Arbeitgeber noch nicht dazu ausreicht, um sich über den gesetzlichen Mietschutz hinwegsetzen zu können; es werde aber nicht allzu lange mehr dauern, daß man auch in dieser Frage rücksichtslos vorgehen könne. Ferner dürfe von den Entlassenen keine Wohnungsverhältnisse gefordert werden, weil die Gefahr bestehe, daß der Arbeitgeber es dann mit den Mietverhältnissen und Wohnungsämtern zu tun bekomme. Der Arbeitgeber möge geizig das Opfer auf sich nehmen, auf die Miete zu verzichten. Dadurch würde er ein wirksames Druckmittel gegenüber den Betriebsratsmitgliedern und sonstigen Funktionären der Arbeitnehmerorganisation in der Hand haben. Dann wurde den Konferenzteilnehmern Zweck und Ziel dieses Vorgehens vor Augen geführt; es soll damit erreicht werden, die Landarbeitertiere zu machen. Durch möglichst zahlreich vorzunehmende Entlassungen von Betriebsratsmitgliedern und Funktionären des Landarbeiterverbandes sowie der politischen Organisation will man diese der Arbeitslosigkeit und damit dem Hunger und Elend überantworten. Auf diese Art und Weise glaubt man, sich von der Erfüllung des Betriebsratsgesetzes drücken zu können, da nach den Ausführungen des schlanen Beraters, nachdem die Entlassungen durchgeführt sind und damit Neuwahlen zu den Betriebsräten und anderen Funktionärsposten notwendig werden, sich kein Landarbeiter bereit finden wird, irgendeinen Vertrauensposten zu übernehmen, weil er dann befürchten muß, daß ihn dasselbe Schicksal ereilen wird, wie seinen entlassenen Vorgänger, daß auch er in kurzer Zeit arbeitslos, dem Elend preisgegeben auf der Straße liegen wird.

Die Landarbeiter werden dafür zu sorgen haben, daß die Bäume dieser freien Agrarier nicht in den Himmel wachsen und daß sie sich umso enger an ihren Verband anschließen. Diese Methoden der Junker verletzen übrigens die §§ 95 und 96 und können auf Grund des § 99 ihre Sühne finden. Vielleicht rühren sich nun die zuständigen Stellen. —

### An die Berliner Buchdrucker!

Der Aktions-Ausschuß der Opposition der Buchdrucker erucht um Aufnahme folgender Forderungen:

Kollegen! Wir befinden uns in einer ernsten Situation. Eine fast zur Erbitterung gesteigerte Unzufriedenheit herrscht seit Monaten in unseren Reihen und ist auch von denen zum Ausdruck gebracht worden, denen der Friede in der Organisation mehr als heilig war. Die Verschlechterung unserer Lebenslage, die durch keinerlei Lohnverbesserung gemildert worden ist, treibt zum unermesslichen Konflikt. Gelang es, bei der Abstimmung über den Tarif und über die Betriebsratsbeihilfe noch einmal die Kollegenschaft zu befähigen, so hat der Antrag auf örtliche Lohnverbesserungen ein Ergebnis erzielt, das dem Fach den Boden ausschlägt. Ein ungenügendes Angebot der Unternehmer wurde mit einem abschließendem Ultimatum beantwortet.

Wir stehen infolgedessen vor dem Streik! Abgesehen haben wir, weil wir das Bewußtsein haben, daß es unser gutes Recht ist, die Günst der Stunde zu nutzen, und uns endlich das zu sichern, was wir zum Leben brauchen.

Wir wollen nicht den Kampf um jeden Preis, aber wir pfeifen auf einen Frieden, der uns und unsere Familien jeder Lebensfreude beraubt.

Wir kämpfen um unsere Existenz! Die Situation und unsere Lage verpflichten uns zu letzterem. Jetzt auch harz und bewelst den Prinzipalen, daß sie unsere Friedensliebe, die ja mehr das Bewußtsein unserer wirtschaftlichen Schwäche ist, nicht vollends mißbrauchen dürfen. Seit mehr als 30 Jahren haben wir unter Zurücksetzung hinter andere Berufs den Beweis für unsere Friedensliebe erbracht. In der Friede nicht mehr aufrecht-

zuhalten, zwingt man uns zum Kampf, dann haben wir das Recht und alle Sympathien für uns, die Verantwortung aber, für alles, fällt auf diejenigen, die kein Verständnis für unsere Not bewiesen haben.

### Differenzen in der Holzrahmenindustrie

Nach monatelangen Verhandlungen ist es in der Holzrahmenindustrie zum Abschluß eines Lohntarifes gekommen. Schon bei den damaligen Verhandlungen verhielten die Arbeitgeber, den in der Industrie notwendigen Aufbesserungen der Löhne den größten Widerstand entgegenzusetzen. Erst nachdem die Arbeiter selbst die Entscheidungen des Schlichtungsausschusses ablehnten zu erfüllen, traten die Arbeitnehmer im Januar d. J. in einigen Betrieben in den Ausstand, um ihre mißliche Wirtschaftslage zu verbessern. Die Folge dieses Vorgehens war, daß die Arbeitgeber auf der ganzen Linie die Ausperrung verhängten. Nach heftigem Kampf kam es zum Abschluß eines Lohntarifes, der aber nach etwa vier Wochen Laufzeit wieder gekündigt wurde. Am 21. Mai fanden erneut Verhandlungen statt, und es zeigte sich, daß die Kleinräumer es auf einen Lohnabbau abgesehen haben, der entschieden zurückgewiesen wurde. Der Vorstoß der Unternehmer muß abgewehrt werden, darauf haben sämtliche in der Industrie Beschäftigten zu achten und zu diesem Zweck in der am Dienstag, den 7. Juni 1921, stattfindenden Generalversammlung aller Arbeitnehmer zu erscheinen, um Stellung zu nehmen.

### Zum Streik der Potsdamer Straßenbahner

Wie eine Lokalcorrespondenz meldet, ist im Ausstand der Potsdamer Straßenbahner in Potsdam noch immer keine Veränderung der Lage eingetreten. Nachdem die übrigen städtischen Arbeiter Potsdams einen Sympathiestreik für die Straßenbahner abgelehnt und sich nur zu einer finanziellen Beihilfe bereit erklärt haben, warten die Streikenden nunmehr die Beschlüsse der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung ab, die sich eingehend mit dem Streik beschäftigen werden.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Der zwischen dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin, und dem Verein der Glaserreinigungs-Institute, Groß-Berlin und der Mark Brandenburg, am 30. März 1921 abgeschlossene Tarifvertrag wird zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der in Klein- und Betriebsbetrieben tätigen Glas- und Metallarbeiter für das Gebiet der Einheitsgemeinde Berlin gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. April 1921. Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die allgemeine Verbindlichkeit des Tarifvertrages vom 30. August 1920 außer Kraft.

## Die Tragödie des armenischen Volkes

### Der Angeklagte freigesprochen!

Zum ersten Male seit langer Zeit ist von einem deutschen Gericht, von einem Schwurgericht, ein Urteil gefällt worden, das dem Rechte empfinden des Volkes entspricht. Der armenische Student, der des Mordes an dem früheren Großvezir des türkischen Reichs beschuldigt war, ist freigesprochen worden, und damit wurde zugleich das Urteil bestätigt, das die Geschichte schon längst über eines der entsetzlichsten Kapitel des Weltkrieges gefällt hat. Es hat sich bei diesem Akt der armenischen Tragödie nicht darum gehandelt, wie man im „Vorwärts“ nach der Tötung Talaats lesen konnte, daß der frühere Großvezir „unter den besonderen politischen Kriegsverhältnissen seiner Zeit“ zu den Maßnahmen gegen die Armenier gelangt ist und daß die Tat sich „als nationaler Racheakt“ darstelle. Talaat Pascha war, wie das die Gerichtsverhandlung erwiesen hat, wie es aber jeder im politischen Leben Stehende auch vorher schon wissen mußte, der hervorragendste Vertreter jener unbeschreiblichen, grauenhaften Politik, durch die ein ganzes Volk ausgerottet werden sollte. Talaat Pascha war es freilich nicht allein. Einer der anderen Hauptschuldigen ist Enver Pascha, der jetzt der Verbündete der Bolschewisten ist und dessen Auftreten an der Seite der Moskauer Internationale von Karl Radek als ein Akt „von gewaltiger symbolischer Bedeutung“ gefeiert wurde.

Diese Volksmörder standen an der Spitze einer Regierung, die Jahre hindurch als die getreue Verbündete des wilhelminischen Deutschlands gefeiert wurde und die von der deutschen Kriegeregierung in denkbar weitestem Maße unterstützt worden ist. Ohne diese Unterstützung wären auch die armenischen Greuel nicht möglich gewesen. Die deutsche Regierung war über die Schandtaten der Talaat Pascha und Enver Pascha genau unterrichtet, denn spätestens im Jahre 1916 hat sie durch Dr. Lepsius eine genaue Darstellung der Zustände erhalten. Diese Darstellung ist dann vertraulich in Deutschland verbreitet worden, die Zensur hatte aber nichts Eiligeres zu tun, als die weitere Drucklegung und Verbreitung des Berichts zu verhindern und außerdem der Presse Schweigepflicht über die Armeniergreuel aufzuzwingen. Wenn der Staatsanwalt in seinem Plaidoyer jetzt gemissermaßen Talaat Pascha dadurch entschuldigen wollte, daß er der Verbündete Deutschlands war, so hat er damit nur um so härter die Mitschuld der deutschen Kriegeregierung an den fürchterlichen Greueln in Armenien festgestellt.

Die Tötung Talaats Paschas durch den armenischen Studenten war der Ausdruck des Racheempfindens eines dahingemordeten Volkes. Der Täter mußte freigesprochen werden. Wir begrüßen dieses Urteil, nicht weil wir es als einen Ausfluß jener Gerechtigkeit halten, von der sich etwa die deutsche Justizpflege leiten läßt, sondern weil wir hoffen, daß dieser Freispruch zu der wachsenden Erkenntnis beitragen wird, daß endlich an die Stelle der nationalstolischen Gewaltpolitik die Verständigung und die Versöhnung der Völker gesetzt wird.

Unter noch größerem Andrang des Publikums wird die Verhandlung am zweiten Tage fortgesetzt. Es sind drei Fragen, die den Geschworenen vorgelegt werden: Sie lauten auf Rache, Totschlag und mildernde Umstände. Aus den Ausführungen des Staatsanwalts ist zu entnehmen: Die dem Verbrechen zugrunde liegenden Ereignisse reichen in die Wirren des Weltkrieges zurück; nur aus ihnen heraus sind sie zu verstehen. Nicht zu bestreiten ist die Ungeheuerlichkeit des am armenischen Volke und am Angeklagten Geschehenen. Doch fand dem Angeklagten nicht das Recht zu, sich zum Rächer aufzuwerfen, wenn er auch subjektiv allen Grund hatte, Talaat Pascha für den Urheber seines Unglücks zu halten, so mußte objektiv doch bestritten werden, daß hier im Gerichtssaal der objektive Beweis der Schuld Talaat Paschas erbracht worden sei, der ein treuer Verbündeter Deutschlands war. Auch wohl nicht auf die Vernichtung des armenischen Volkes gingen die Mahregeln der türkischen Behörden aus. Die Entfernung der armenischen Bevölkerung aus ihren Heimatorten war wohl durch höhere Staatsorgane der militärischen Selbstbehauptung bedingt. Es wurde der Verzicht durch die Armenier

befürchtet, die es mit den Engländern hielten. Nichts beweist auch die Tatsache, daß Talaat Pascha gemeinsam mit Enver, Kemal Pascha und Dr. Nazi im Juni 1919 vom Kriegsvericht in Konstantinopel zum Tode verurteilt wurde, und daß u. a. ein Punkt der Anklage sich auf die Armeniergreuel bezog. Die Tat des Angeklagten ist als tatbätig überlegt zu bezeichnen. Die Meinung der Sachverständigen in der Frage der freien Willensbestimmung geht auseinander; deshalb ist die Möglichkeit der Handhabung des § 51 nicht gegeben. Aus diesem Grunde muß der Antrag auf Mord gestiftet werden. Unter allen Umständen jedoch dürfte der Gnadenweg begangen werden.

Als erster Verteidiger ergreift das Wort Justizrat von Gordon. Er protestiert gegen die an die Geschworenen gestellte Zumutung, die Möglichkeit einer Begnadigung in den Kreis ihrer Betrachtungen zu ziehen. Hier handele es sich um Recht, nicht um Gnade. Das Recht verlange die Freisprechung Teitlians. Was nun die Urheberschaft Talaat Paschas an der Niedermechelung der Armenier betrifft, so ist sie dokumentarisch durch seine Telegramme erwiesen. Des weiteren führt der Verteidiger den Geschworenen nochmals das erschütternde Bild der Jugendbedrückte des Angeklagten vor Augen. Er analysiert eingehend sein Vorleben und die Umstände der Tat und kommt zum Schluß, daß hier von einem Morde keine Rede sein kann. Wenn auch der Erschlagene Talaat Pascha zu töten schon früher gefaßt war, so durchstobte doch im Augenblicke der Tat ein Sturm von Lebenshoffnungen das Innere des Angeklagten. Nichts spricht von kalter Ueberlegung. Die freie Willensbestimmung war da ausgeschlossen. Wenn auch in den Gutachten der Sachverständigen sich der Gegenjah der jüngeren Generation durch Professor Forster und Dr. Haake, die die Zurechnungsfähigkeit bestritten, gegenüber der älteren durch Professor Cassirer und Piepmann, die vorsichtiger in ihren Auslassungen waren, geltend machte, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß es letzten Endes nicht Sache des ärztlichen Sachverständigen ist, über die juristische Verantwortlichkeit ihr Urteil abzugeben.

Justizrat Werthauer spricht den Gedankengang des ersten Verteidigers fort. In populärer Form gibt er eine juristische Analyse des § 51 und eine psychologische Analyse des Mechanismus, der die Vorstellung in die Tat umsetzt. Indem er die Tatumstände bis in die kleinsten Einzelheiten verfolgt, weist er nach, daß die Tat des Angeklagten ein Ausfluß seiner erkrankten Persönlichkeit war, die anders nicht handeln konnte. Das Unglück des armenischen Volkes im Laufe von fast 2000 Jahren, der Klageschrei der Millionen Niedergemerkten, das Unheil seiner eigenen Familie summierten sich in seiner Person und ließen ihn mit unbegreiflicher Gewalt am 15. März Talaat Paschas, des Gewaltmenschen, des Vertreters des Militarismus, für den es keine Nation, kein Vaterland, kein Recht gibt, des zum Tode verurteilten, vaterlandsflichtigen Verbrechens, Schicksal werden. Und hätte ihn nicht die Kugel getroffen, so stünde er vielleicht heute wieder an der Spitze einer Regierung und letzte vielleicht sein blutiges Werk an den Armeniern fort, gleich Enver Pascha, der nach seiner Abreise aus Berlin nun mit den Bolschewisten zusammengeht. Hier im Saale spielt sich ein Stück Weltgeschichte ab. Nicht nur Deutschland, das ganze Ausland folgt mit gespannter Aufmerksamkeit diesem Prozeß. Wo hätte sich ein Gericht gefunden, das Wilhelm Tell für schuldig befunden haben würde, weil er den Gekker getöbet hat? Auch hier muß Gerechtigkeit gelbt werden.

Die moralphilosophische Begründung der Tat des Teitlians gibt in präziser wissenschaftlicher und äußerst anschaulicher Form Prof. Niemayer aus Kiel. Mord liegt nur vor, wo das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit der Handlung vorhanden ist. Für den Orientalen ist es in erster Linie charakteristisch, daß Recht und Religion eng miteinander verknüpft sind. Ethische und rechtliche Nichtigkeit ist hier eins. Anders begreift es auch nicht der Angeklagte. Deshalb ist auch heute noch kein Gewissen rein. Er hat das felsenfeste Bewußtsein, dem Recht entprochen zu haben. Noch ein anderes Moment kommt hinzu: Die Heiligkeit der Familie bei den Völkern. Im weiteren Sinn ist das ganze Armenien fast eine große Familie. Eine edelste Familie. Erst als die Hoffnung auf verpöbte Reformen endgültig scheiterte, begannen sie zu rebellieren. Drei Bänder schwebten dem Redner vor; das eine: ein Regiment von Knüttelkollaten hat den Auftrag, jeden Armenier, der sich auf den Straßen Konstantinopels zu einer gewissen Stunde einführt, niederzuhalten. Auf den Knien, mit zum Gebet erhobenen Händen, gesenkten Haupten, nahmen sie die tödlichen Schläge auf. Das zweite Bild: Talaat Pascha, mit den Händen in den Hosentaschen, seinem Gegner gegenüber, mit der Frage: Wer bist du? Herankam die gedunnene Kugel, niederfällt der Gegner. Das dritte Bild: der 15. März in der Hardebergstraße. Gedulds, mit reinem Gewissen, in der Erhabenheit seines Rechtsbewußtseins, würde auch Teitlians seinen Kopf auf den Bloß legen. Das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit kann er nicht haben. Er tat, was er nicht lassen konnte, er handelte, wie er mußte. Das Urteil des Schwurgerichts muß den Rahmen des Saales sprengen. Der Rechtspruch bedeutet mehr als Leben oder Tod Teitlians. Es handelt sich hier nur um eine Frage: wie wirkt das Urteil im Sinne der höheren Gerechtigkeit, im Sinne der Güte, für die wir alle leben?

Im folgen kurze Repliken. Der Staatsanwalt fordert nochmals unter Berufung auf das formale Gesetz wenigstens Bestrafung wegen Totschlags und legt sich nochmals für Talaat Pascha ein. Justizrat Gordon wendet sich gegen die Jurisprudenz der Begriffe und appelliert an das innere Rechtsbewußtsein der Geschworenen. Justizrat Werthauer und Niemayer unterstreichen nochmals die Rolle Talaat Paschas bei den Armeniergreueln. Der Angeklagte hat den Ausführungen der Verteidiger nichts hinzu zuzufügen. Es folgt eine kurze Rechtsbelehrung durch den Vorsitzenden, dann wird dem Geschworenenobmann der Fragebogen eingehändigt, und die Geschworenen ziehen sich zur Urteilsfällung zurück.

Über eine Stunde dauert die Beratung. Das Urteil lautet: nichtschuldig. Die Verkündung der Freisprechung und darauf folgende Aufhebung der Haft wird mit wiederholten lauten Beifallstuschungen begrüßt. Alles führt zu dem Angeklagten und beglückwünscht ihn.

### Parteiveranstaltungen

Wegleiterversand Berlin-Brandenburg. Wir ersuchen die Mitglieder der 10. Berliner Bezirks-, hiesig, Sonnabend, die Mitgliedsbeiträge zum Verbau bereuen abzugeben. Die Geschäftsleitung.

#### Sonnabend, 4. Juni

5. Verwaltungsausschuß (Friedrichshain). Abends 7 Uhr Sitzung der Kinderhelferinnen des 6., 7., 8. Bezirks und Sirolo der Wittichen, Peterburger Str. 1, 5. Bezirk, 8. Abteilung, 8 Uhr Funktionärsitzung und Sekretariats der Kinderhelferinnen bei Hofmann, Reichsstr. 21.

Wegleiterversand, 4. Bezirk, Abends 8 Uhr Funktionärsitzung bei Sirolo, Reichsstr. 21, 4. Bezirk.

#### Sonntag, 5. Juni

10. Bezirk Niederbarnim-Ort. Nachm. 3 Uhr im Lokal W. Kiege, Tschodt, Köcker Straße, Besprechung sämtlicher Kommissionen. Tagesordnung: Referate und Wahlen, 5 Uhr im selben Lokal Bezirks-Funktionärsitzung. Die Geschäftsleitung trifft sich um 1 1/2 Uhr.

### Bereinskalender

#### Sonnabend, 4. Juni

10. Bezirk, Wegleiterversand, Gruppe Süd-West, Nachmittags 7 Uhr Besprechung, Treffpunkt 6 Uhr, Wasserstraße, 21.

W. G. G. Wegleiterversand, Nachm. 4 Uhr Treffpunkt, 5. Allee unterhalb des alten Rathauses der U. S. P. Reichsstr. 21.

#### Sonntag, 5. Juni

10. Bezirk, Wegleiterversand, Gruppe Süd-West, Nachmittags 7 Uhr Besprechung, Treffpunkt 6 Uhr, Wasserstraße, 21.

W. G. G. Wegleiterversand, Nachm. 4 Uhr Treffpunkt, 5. Allee unterhalb des alten Rathauses der U. S. P. Reichsstr. 21.

#### Dienstag, 7. Juni

10. Bezirk, Wegleiterversand, Gruppe Süd-West, Abends 7 Uhr Generalsitzung, Treffpunkt 6 Uhr, Wasserstraße, 21.

W. G. G. Wegleiterversand, Nachm. 4 Uhr Treffpunkt, 5. Allee unterhalb des alten Rathauses der U. S. P. Reichsstr. 21.